

Beginn: 11.01 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zur 129. Sitzung des Landestages von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt insbesondere unseren Zuhörerinnen und Zuhörern auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe auf:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/5490 und 13/5660

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/5700

zweite Lesung

dritte Lesung

Ich verweise außerdem auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/5747**; er wird gerade verteilt. Über diesen Entschließungsantrag werden wir gemäß § 86 der Geschäftsordnung nach der Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf entscheiden.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion deren Vorsitzenden, Herrn Dr. Rüttgers, das Wort. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute soll der Landtag mit den Stimmen von Rot-Grün den Nachtragshaushalt 2004 verabschieden. Das musste unbedingt vor den Schulferien sein, koste es, was es wolle, Augen zu und durch, unter Verkürzung aller Fristen und Beratungszeiten.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Steinbrück, ich möchte heute mit Ihnen keine Generaldebatte führen, obwohl es viel zu debattieren gäbe. Beispielsweise - heute ist der letzte Schultag - würde sich anbieten, über Bildungspolitik zu diskutieren, vor allem nachdem wenige Tage vor Schuljahresende die mit großem Brimborium angekündigte Reform der Schuleingangsphase klammheimlich wieder einkassiert werden musste, weil sie nicht ordentlich vorbereitet war.

(Beifall bei der CDU)

Es würde sich natürlich auch lohnen, über die innere Sicherheit zu diskutieren. Wenn nur noch 25,6 % aller Diebstähle im Land aufgeklärt werden, dann gibt es sehr viel Grund zu diskutieren und viel Verständnis dafür, dass sich die Menschen in diesem Land nicht mehr sicher fühlen.

Auch über den Metroexpress könnte man debattieren. Der Bundeskanzler war ja gerade zu Besuch und hat gesagt: Ich werde euch helfen, keine Angst. - Daraufhin wurde von einem Durchbruch beim Metroexpress gesprochen. 24 Stunden später hat jedoch Bundesverkehrsminister Stolpe die Finanzplanung für die Schienenwege 2008 vorgelegt - kein einziger Euro, kein belastbares, kein abgesichertes Finanzkonzept.

Wenn man das alles am heutigen Zeugnistag zusammenfasst, dann kommt man zu dem Ergebnis: Die Arbeit der Landesregierung ist in allen Fächern mangelhaft, eine Weiterbeschäftigung zwecklos.

(Beifall bei der CDU)

Anstatt eine Generaldebatte zu führen, möchte ich mich heute lieber auf das Thema Wirtschafts- und Finanzpolitik konzentrieren. Das hat auch damit zu tun, dass dies das wichtigste Thema für die Menschen ist.

Mit dem Nachtragshaushalt, der heute zur Beschlussfassung ansteht, wird, Werte Kolleginnen und Kollegen, die Neuverschuldung des Landes um 1 Milliarde €, nämlich von rund 5 Milliarden €

auf mehr als 6 Milliarden €, erhöht. Im kommenden Mai, also zum Zeitpunkt der Landtagswahl, wird es eine Erblast von mehr als 110 Milliarden € geben. In diesem Land müssen jedes Jahr 4,7 Milliarden € Zinsen gezahlt werden; das sind täglich 13 Millionen €. Das heißt, allein für Zinsen wird täglich das Geld für vier Kindergärten oder zwei Grundschulen ausgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Frau Löhrmann, bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2004/2005 haben Sie wörtlich gesagt: "Das ist ein Nothaushalt." Jetzt ist dieser Nothaushalt schon wieder in Not. Was ist eigentlich die Steigerung von "Nothaushalt", Frau Löhrmann?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wenn Sie im Bundesrat mal ein bisschen agieren würden, hätten wir es nicht so schwer!)

Damals herrschte schon Not. Haben wir jetzt "übergroße" Not? Oder wie soll man das bezeichnen?

Der SPD-Ministerpräsident hat damals gesagt, dass die sich unabweisbar stellende Grenze der Nettokreditaufnahme ein Problem sei, über das gesprochen werden müsse. Herr Steinbrück, wo ist denn jetzt die Grenze? Damals war sie bei 5 Milliarden €. Heute ist sie bei 6 Milliarden €. Liegt sie nächstes Jahr bei 7 Milliarden €? Wo soll das eigentlich hinführen? Oder waren das alles Worthülsen, was Sie damals bei der Diskussion über den Doppelhaushalt hier gesagt haben?

Werte Kolleginnen und Kollegen, allein in der laufenden Legislaturperiode steigt die Verschuldung des Landes um 26 Milliarden €. Das ist ein Viertel der Schuldenlast der letzten 50 Jahre in Nordrhein-Westfalen. Wahrlich ein Desaster, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Haushalte 2001 und 2002 waren verfassungswidrig. Der jetzige Haushalt ist es ebenfalls - nicht nur wegen der neuen kreditfinanzierten Rücklage, die Sie Kommunalkredit nennen, sondern auch wegen der unzulässigen Erklärung der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Es ist immer dieselbe Masche: Der Ministerpräsident tritt seriös auf, macht aber eine unseriöse Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Und wer das noch nicht gewusst hat, kann es beim Lesen dieses Nachtragshaushaltes sehen:

Selbst die Trickserien der letzten Jahre mit Schattenhaushalten helfen jetzt nicht mehr weiter. Das zeigt sich gerade bei der Beteiligungsgesellschaft, einer hundertprozentigen Tochter des Landes.

Der eine oder andere wird sich daran erinnern: Im Jahre 1997 hat das Land die Landesentwicklungsgesellschaft für 483 Millionen € an die Beteiligungsgesellschaft des Landes verkauft. 355 Millionen € davon sind bis heute nicht bezahlt worden. Jetzt verzichtet das Land mit diesem Nachtragshaushalt auf diese 355 Millionen €.

Herr Dieckmann, ich frage Sie: Warum eigentlich? Ist diese Beteiligungsgesellschaft pleite? Oder warum verzichten Sie auf 355 Millionen €? Musste verhindert werden, dass diese Gesellschaft Insolvenz anmeldet, obwohl sie eine hundertprozentige Tochter des Landes ist? Oder warum sagen Sie uns nicht, was in dieser Beteiligungsgesellschaft los ist?

(Beifall bei der CDU)

Oder nehmen Sie den Fall der unter Mitaufsicht der Landesregierung stehenden West LB. Seit 2000 sind dort Vermögenswerte von 7 Milliarden € "verbrannt" worden - ein gigantischer Verlust an Landesvermögen, und zwar in einer Größenordnung wie bei der Bankgesellschaft Berlin. Jetzt sinkt der Anteil des Landes von 43,8 % auf erst einmal unter 30 %.

Im Übrigen ist die Optionsvereinbarung mit den anderen Eigentümern der West LB im Jahre 2001 am Parlament vorbei beschlossen worden. Es wird zu prüfen sein, ob dies überhaupt rechtmäßig war oder ob gegen Recht verstoßen worden ist.

Eines ist auf jeden Fall klar, Werte Kolleginnen und Kollegen: Das Land ist blank. Das zeigt, dass die SPD eben doch nicht mit Geld umgehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Was muss nun getan werden, damit das Land wieder auf die Beine kommt? - Nach unserer Überzeugung braucht das Land eine neue Finanzpolitik. Der Finanzminister hat bei der Einbringung des Nachtrages gesagt: Wir müssen Schulden machen, um den Aufschwung nicht kaputtzusparen. - Ganz unabhängig davon, dass es keinen nachhaltigen Aufschwung gibt, ist Folgendes festzuhalten, Herr Dieckmann: Jeder, der ein bisschen Ahnung von Ökonomie hat, weiß, dass nur eine konsequente Sanierungspolitik zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt.

Schulden hingegen sind die Steuern und Abgaben der Zukunft. Die Investoren wissen das; die Men-

schen wissen das; nur die NRW-Landesregierung weiß das nicht. Immer neue Schulden führen zu höheren Ausgaben für Zinsen und zu weniger Investitionen. Weniger Investitionen führen zu weniger Wohlstand und Beschäftigung. Und dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.

(Beifall bei der CDU)

Das Land hat ein strukturelles Defizit von über 3 Milliarden €. Dieses Defizit muss zuerst verkleinert und dann beseitigt werden. Ich weiß, dass das eine Herkulesaufgabe ist. Dazu gibt es aber keine Alternative. Nur ein konsequenter Sanierungskurs führt zu mehr Wachstum und Beschäftigung, meine Damen und Herren.

Unsere Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch: In der Inneren Landesverwaltung werden jährlich 1,5 % der Stellen abgebaut. Die Bezirksregierungen werden abgeschafft. Landesämter und nachgeordnete Ämter wie z. B. die Staatlichen Umweltämter, die Ämter für Arbeitsschutz oder das Landesversicherungsamt werden aufgelöst. Ihre Aufgaben werden, sofern erforderlich, auf die Kommunen und drei neue Regionalverwaltungen übertragen.

Die Aufgaben von Einrichtungen wie z. B. dem Landesbetrieb Gemeinsames Gebietsrechenzentrum, dem Landesbetrieb Mess- und Eichwesen oder dem Landesbetrieb Geologischer Dienst werden auf Private übertragen.

Es wird geprüft, ob Einrichtungen wie z. B. das Wissenschaftszentrum NRW, die Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung, das Zentrum für ländliche Entwicklung oder das Landesinstitut für Schule von den Hochschulen des Landes übernommen werden können.

Wir wollen einen gezielten Subventionsabbau.

(Edith Müller [GRÜNE]: Bravo! Das ist mal etwas!)

Die Steinkohleförderung wird bis 2010 halbiert.

(Erregte Zurufe)

Die Überförderung der Windkraft im EEG wird zurückgeführt.

Ferner wollen wir eine Überprüfung aller Leistungsgesetze.

(Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren, das alles mag Ihnen nicht passen; das sind aber konkrete Vorschläge. Wir wollen weniger Staat, weil wir einen starken Staat wollen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Edith Müller [GRÜNE] - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir wollen, dass ein handlungsfähiger Staat mehr für Kinder, Bildung, Innovation und neue Jobs tun kann. Das ist das Grundgerüst für eine neue Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

Zweitens. Neben der Konsolidierungspolitik braucht das Land auch eine neue Wirtschaftspolitik. In den letzten drei Jahren erleben die Menschen in unserem Land die längste Rezession der Nachkriegsgeschichte. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind ärmer geworden. Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Krieg, die Beschäftigtenzahl geht zurück. Die Insolvenzzahlen erreichen immer neue Rekorde.

Nun sieht es so aus - selbst nach den regierungsamtlichen Prognosen aus Berlin -, dass wir auch in diesem Jahr nur ein geringes Wachstum haben werden. Es wird auf keinen Fall ausreichen, damit neue Jobs entstehen. Auch 2005 wird es nach diesen Prognosen nicht viel besser.

Niemand weiß in Deutschland, wie es weitergeht. Investoren schaffen keine neuen Jobs. Die privaten Haushalte kaufen nichts.

Ein ähnlicher Teufelskreis hat inzwischen die Arbeitslosen erreicht: ohne Aufschwung keine Arbeit, ohne Arbeit kein Aufschwung.

Meine Damen und Herren - und das ist der zentrale Punkt für eine neue Wirtschaftspolitik -: Dieser Teufelskreis aus Zukunftsangst, aus Kaufzurückhaltung und mangelndem Wagemut muss durchbrochen werden. Er wird bleiben, wenn es nicht einen neuen Anfang gibt. Und dieser neue Anfang ist nur mit einer neuen Regierung hier in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir trauen uns diesen Anfang zu.

Wir wollen deshalb Beschäftigungsimpulse für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte. Das Land muss sich für neue Minijobs einsetzen, und zwar bis 1.200 €. Das Land muss sich einsetzen für eine dritte Säule der Berufsausbildung für praktisch begabte Jugendliche,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

für neue Beschäftigungsfelder vor allem bei haushaltsnahen Dienstleistungen. Da gibt es Potenzial für viele neue Jobs.

Wir wollen, dass Arbeit sich wieder lohnt - durch die Abkehr von Frühverrentungen, durch die Ab-

kehr von der 35-Stunden-Woche, durch Arbeitszeitkonten, auch Langzeit- und Lebenszeitkonten.

Wir wollen den Mittelstand unterstützen durch Vereinfachung des Arbeitsstättenrechts, durch die Reduktion von Statistikpflichten, durch die konsequente Umstellung der Existenzförderung von Zuschüssen auf Bürgschaften, durch die Vergabe von Fördermitteln im Wettbewerb.

Wir setzen auf technologische Innovation, ein besseres Schul- und ein besseres Hochschulsystem. Denn hier liegt die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Vorschläge für Strukturveränderungen in diesem Land. Sie sind dringend erforderlich, weil die Landesregierung versagt hat. Statt Strukturen in unserem Land zu erneuern, häuft sie immer neue Schulden auf. Gleichzeitig verspricht sie den Aufschwung nach dem Motto: Alles wird besser, wir müssten nur warten. Aber es gibt eben keinen mehr im Land, der das überhaupt glaubt.

Die Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, hat keine Kraft mehr für eine Umkehr. Sie hat jedes Vertrauen in der Bevölkerung und in der Wirtschaft verspielt. Das Ergebnis ihrer Politik können wir besichtigen: Sozialabbau und Megaverschuldung.

Es passt eben nicht zusammen, werte Kolleginnen und Kollegen, sich wie vor wenigen Tagen für 250 neue Ausbildungsplätze zu feiern, wenn man vorher 3.300 Ausbildungsplätze abgebaut hat.

(Beifall bei der CDU)

Es passt nicht zusammen, das Jahr 2004 zum - wie hieß es noch Anfang des Jahres? - Jahr der Innovation zu erklären und gleichzeitig in Nordrhein-Westfalen nach Aussage des Ministerpräsidenten und nach Fassung des Haushaltes die Mittel für Forschung und Entwicklung zurückzufahren.

Man darf sich nicht als Subventionsabbauer feiern lassen und gleichzeitig 16 Milliarden € neue Subventionen für Steinkohle versprechen, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

Das ist keine politische Geradlinigkeit, sondern das ist die Vortäuschung falscher Tatsachen. Taten und Worte passen nicht mehr zusammen bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Nun weiß ich, dass es wahrscheinlich keinen Zweck mehr hat, mit Ihnen über solche Themen zu streiten. Ich habe es wieder vor meinem Auge: Gleich kommt Herr Moron. Er wird wie immer erklären: Erstens: Wir sind auf einem guten Weg.

(Edgar Moron [SPD]: Sind wir auch!)

Zweitens: Die Opposition hat keine Vorschläge. Drittens: Obwohl sie keine hat, sind die, die sie hat, unbrauchbar. - Immer dasselbe Ritual.

(Demonstrativer Beifall und Zurufe von der SPD)

Lieber Herr Moron, Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie sagen wollen. Entweder gibt es keine Vorschläge, oder Sie wollen sie nicht.

Nebenbei übrigens, Herr Moron: Als wir im Januar hier diskutiert haben, haben wir vorgeschlagen, das Materialprüfungsamt zu privatisieren. Sie sind damals ans Rednerpult gegangen und haben lauthals erklärt: "Sie haben nicht einen einzigen Vorschlag unterbreitet!" - Zitat vom 28.01.

Falls es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein sollte: Im Nachtragshaushalt ist jetzt die Veräußerung des Materialprüfungsamtes vorgesehen. Die Halbwertszeit Ihrer Erklärungen geht inzwischen gegen null. Es ist eigentlich egal, was Sie sagen.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Ich bin beeindruckt!)

Sie können es machen, wie Sie wollen. Sie sollten, solange Sie noch eine Mehrheit haben, das Land regieren, statt die Opposition anzugreifen. Statt der Wirtschaft auf die Beine zu helfen, lehnen Sie jeden unserer Vorschläge ab. Genau das hat das Land an den Rand des Abgrundes geführt.

(Edgar Moron [SPD]: Völliger Quatsch! - Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

Jetzt sagt der Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen: "Er oder ich." - Meine Antwort darauf heißt: Politiker sollten sich nicht so wichtig nehmen. Oder glauben Sie, Herr Steinbrück, wirklich, dass irgendjemand in NRW im nächsten Jahr mit Ihnen in den Abgrund springen will? Glauben Sie, irgendeiner will das? Ich glaube es nicht. Wichtigtuerei hat noch niemandem geholfen, glauben Sie es mir.

(Beifall bei der CDU)

Alle unsere konkreten Vorschläge wurden bisher abgelehnt. Sie bleiben dennoch richtig. Deshalb schlagen wir sie erneut vor. Wir unterstützen alle wirklich strukturverändernden Maßnahmen, auch

die Vorschläge der Landesregierung, für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik.

Wir verweigern uns aber, wenn Sie uns ins Boot holen wollen bei einer Schuldenpolitik, die unsere Wettbewerbsfähigkeit kaputt macht. Aus Verantwortung für unser Land lehnen wir den Nachtragshaushalt ab.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen nämlich ein Land, in dem sich die Menschen sicher fühlen und keine Angst vor Armut haben. Wir wollen ein Land, in dem keine Beschäftigungspotenziale ungenutzt bleiben und die strukturelle Arbeitslosigkeit kein Problem mehr ist. Wir wollen ein Land, in dem sich Familien für Kinder entscheiden und Kindern alle Chancen offen stehen. Wir wollen ein Land, das einen Spitzenplatz bei den Arbeitsplätzen der Zukunft hat, in das Unternehmer und Investoren aus aller Welt wieder investieren.

Deshalb wollen wir eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik, die neue Handlungsspielräume eröffnet. Dafür, werte Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir Strukturveränderungen statt Schuldenmacherei. Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Entschließungsantrag aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen zu.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Rüttgers. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Moron. Bitte schön.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade die Rede eines ehemaligen Bundesministers gehört, der 1998 zusammen mit seinen Kollegen im Bundeskabinett von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes abgewählt, weggewählt, rausgewählt worden ist, der den Menschen zur damaligen Zeit die größte Schuldenlast in der Geschichte der Bundesrepublik hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Mann, von dem damals alle sagten, er habe seine politische Zukunft hinter sich, kommt jetzt hierher und sagt: Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen. - Ich habe den Eindruck, Herr Dr. Rüttgers, allein Ihr mangelhaftes Erinnerungsvermögen qualifiziert Sie nicht für die Übernahme eines so wichtigen politischen Amtes wie das, das Sie anstreben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es fertig gebracht, meine Damen und Herren, uns in dieser Sitzung einen fünfseitigen, eng beschriebenen Entschließungsantrag vorzulegen, den kein Mensch kennt, der an die meisten Kollegen noch nicht einmal verteilt worden ist

(Brigitte Speth [SPD]: Haben wir noch nicht!)

- ein absolutes Novum im parlamentarischen Umgang miteinander -,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

aus dem Sie ellenlang zitieren. Das wird uns von einer Oppositionsfraktion vorgelegt, die das Einhalten von parlamentarischen Üblichkeiten strikt einfordert. Sie lässt den Entschließungsantrag in keinem Ausschuss diskutieren und gibt keiner Fraktion außer sich selbst eine Chance, sich sachlich damit auseinander zu setzen. Und dann fordern Sie uns auf, Ihrem Antrag zuzustimmen. Das ist doch pure Lächerlichkeit, das ist albern!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Ernsthaftigkeit Ihres politischen Agierens, Herr Dr. Rüttgers, zeigt sich allein darin. Sie können doch keinem Parlamentarier zumuten, etwas mitzutragen, was er gar nicht kennt, von dem Sie aber behaupten, es sei außerordentlich wichtig, unser Land werde damit genesen, was natürlich purer Unfug ist. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, man merkt, das Ganze ist für Sie eine Art Schauveranstaltung, in der Sie noch einmal versuchen, zu Beginn der Sommerzeit ein bisschen Tamtam zu machen. Viel steckt aber nicht dahinter, jedenfalls kein ernsthafter politischer Ansatz. Sie nehmen sich noch nicht einmal selber Ernst, Herr Dr. Rüttgers.

Meine Damen und Herren, wir verabschieden heute einen Nachtragshaushalt. Das ist völlig richtig. Den müssen wir verabschieden. Die Union will nicht, sie sagt: Wir haben Zeit. Das können wir irgendwann im Herbst, jedenfalls nach der Sommerpause machen. Wir sagen Nein. Das geht nicht, Herr Dr. Rüttgers. Wir wollen heute die Grundlagen dafür schaffen, dass wir weitere 2,5 Millionen € bereitstellen, um beispielsweise zusätzliche 6.100 Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nämlich mehr Anmeldungen, mehr Interesse an offenen Ganztagsgrundschulen, als wir ursprünglich gedacht hatten. Es kommen sogar gewisse Merkwürdigkeiten zustande, dass beispielsweise Ihr schulpolitischer Sprecher, Herr Recker, der manchmal auch Blindflug betreibt und hier gegen die offene Ganztagsgrundschule po-

lemisiert, in seiner Heimatstadt Ahlen, wo er CDU-Fraktionsvorsitzender ist, eine solche beantragt und durchführen will. Jetzt müssen wir das Geld dafür bereitstellen, und Sie sagen: Nein, das machen wir nicht, jedenfalls nicht jetzt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nein, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz offen: Das geht nicht. Wir werden einen Nachtragshaushalt beschließen, damit wir das Geld für das haben, was Herr Recker will, nämlich die offene Ganztagsgrundschule. Hier hat er es nur noch nie gesagt. Hier redet er genau das Gegenteil.

(Zurufe von der CDU)

Nächstes Beispiel, meine Damen und Herren: Wir möchten gern, dass die Landesregierung die Mittel dafür hat, dass wir 250 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen. Die brauchen wir. Sie haben gerade kritisiert, wir hätten 3.600 gestrichen. Wo haben Sie die Zahl her? Ich kenne die Zahl nicht. Das müssen wir erst einmal nachprüfen.

(Ministerin Hannelore Kraft: Ich wüsste nicht, wo wir die gestrichen hätten!)

Wahrscheinlich ist das auch wieder eine propagandistisch gegriffene Zahl, oder Herr Diegel hat Ihnen das gesagt. Mit dem, was der sagt, müssen Sie immer ein bisschen vorsichtig sein; denn in vielen Fällen ist das nicht tragfähig.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

Meine Damen und Herren, wir wollen über den Nachtragshaushalt das Geld für 226 Referendardstellen bereitstellen, damit sie zum Schuljahresbeginn ihre Arbeit aufnehmen können. Wir sorgen für Lehrernachwuchs, den wir dringend brauchen. Sie sagen: Nein, diesen Nachtragshaushalt können wir irgendwann später beschließen. Dann hätten wir das Geld nicht. Also müssen wir das machen.

Im Übrigen, auch das sei erwähnt, möchten wir gerne für die World-Games in Duisburg die 1,8 Millionen €, die sie für die Planung benötigen, geben.

(Beifall bei der SPD)

Auch da sagen Sie: Macht das doch später oder vielleicht gar nicht. - Nein, Herr Dr. Rüttgers, das kommt nicht infrage. Mit uns ist so etwas nicht zu machen. Wir machen eine verantwortbare Politik, die auch berechenbar ist. Dabei bleibt es, und da-

bei lassen wir uns von der Opposition nicht aufhalten.

Im Übrigen haben Sie gerade das mit den Kommunen kritisiert. Meine Damen und Herren, die Kommunen haben, wenn man die Steuerschätzung vom November zugrunde legt, Mindereinnahmen von 225 Millionen € zu verkraften. Was sollen wir jetzt tun? Sollen wir ihnen sagen: "Das müsst ihr erbringen!?" - Das könnte Ihnen so passen. Dann müssten alle Kommunen einen Nachtragshaushalt aufstellen, weil sie weniger Einnahmen haben. Sie müssten gleichzeitig an manchen Stellen kürzen. Wahrscheinlich würden sie sogar bei Investitionen oder Zuschüssen kürzen. Was machen wir also in unserer Verantwortung gegenüber den Kommunen? - Wir sagen: Wir kreditieren das. Wir werden es zu einem späteren Zeitpunkt - dann könnt Ihr Euch darauf einstellen - entsprechend verrechnen. Das ist doch eine kommunalfreundliche Politik. Sie wollen das genaue Gegenteil davon.

(Beifall bei der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, so geht das nicht. Die Kommunen können sich darauf verlassen, dass wir Sozialdemokraten uns in der Koalition mit den Grünen kommunalfreundlich verhalten, jedenfalls sehr viel kommunalfreundlicher als andere.

Schauen Sie sich bitte einmal an, was Ihr politischer Freund, der Ministerpräsident von Niedersachsen, Herr Wulf, gerade gegenüber den Kommunen macht, wie er die Gemeindefinanzierung in Niedersachsen kürzt. Das ist Ihr politischer Freund, nicht unserer. Eine solche Politik machen wir nicht. Ich unterstelle Ihnen: Wenn Sie die Möglichkeit hätten, würden Sie es in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich genauso machen wie der niedersächsische Ministerpräsident. Nur: Sie sagen es den Menschen vorher nicht. Das ist das Maß an Unehrllichkeit, das ich Ihnen schon bei mehreren Reden vorgehalten habe. Sie müssen deutlicher sagen, was Sie wirklich wollen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Papier, das Sie uns heute vorgelegt haben, steht nicht, was Sie wirklich planen. Reden Sie einmal darüber!

Sie haben verlangt, dass wir gründliche Beratungen durchführen. Natürlich haben wir das getan. Wir haben also der Opposition die Rechte, die ihr die Geschäftsordnung des Landtags zubilligt, gegeben. Aber Sie haben sie überhaupt nicht genutzt. Sie haben nicht einen einzigen Antrag zum Nachtragshaushalt gestellt. Sie haben sogar un-

seren Vorschlägen zugestimmt. Dafür sind wir dankbar, vor allem was das Wfa-Vermögen angeht. Manches haben Sie abgelehnt, wie das bei der Opposition so ist. Aber haben Sie sich an der Beratung des Nachtragshaushalts beteiligt? Meine Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss sagen, das hätten sie so nicht erlebt.

Also: Sie wollten Zeit gewinnen. Sie wollten wichtige Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger hinauszögern. Wir spielen da nicht mit. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Wir respektieren Ihre Minderheitenrechte. Aber die Mehrheit hat auch Rechte. Unser Recht ist es, heute diesen Nachtragshaushalt zu verabschieden, und das werden wir auch tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wie sieht das Konzept der CDU aus? Wir haben heute ein Papier bekommen, und nach dem ersten Durchschauen glaube ich, dass es das ist, was Sie uns schon zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2004/2005 vorgelegt haben. Sie haben es vielleicht ein bisschen "umgefummelt", aber letztlich ist es das gleiche Papier.

(Widerspruch bei der CDU)

Bis jetzt haben wir das Papier noch nicht prüfen können - ich habe es einmal diagonal gelesen; richtig überrascht war ich nicht, viel Neues ist mir nicht aufgefallen -, aber wir schauen es uns nachher genau an.

Ihr Konzept ist eigentlich etwas anderes. Sie wollen jedem versprechen, was er sich wünscht. Sie wollen nirgends anecken. Herr Kollege Arentz hat in einem Beitrag einmal gesagt: Wir müssen aufpassen, dass wir keine Fehler machen; das könnte der SPD nutzen. - Deshalb machen Sie eine Politik nach dem Muster des toten Manns auf dem Wasser: möglichst nicht bewegen, ohne dabei unterzugehen. Sie sagen jedem, der von Ihnen etwas hören will, das, was er gerne hören möchte. Sie haben im Grunde genommen kein richtiges Konzept, vor allen Dingen keines, das auch Widerspruch herausfordert.

Sie fordern Stellenabbau und versprechen mehr Planstellen. Wir haben uns immer gewundert, wie das bei Ihnen funktioniert. Sie fordern Aufgabenkritik und lehnen die erforderlichen Strukturveränderungen ab.

(Widerspruch bei der CDU)

Jedem Demonstranten vor dem Landtag hätten Sie am liebsten die Hand geschüttelt, als welche da waren - und es waren viele da -, und gleichzei-

tig fordern Sie wie auch heute Haushaltskonsolidierung und Umschichtung. Das ist alles nur Oppositionsgehebe und nicht realistisch. Zurzeit werben Sie mit einem 16-Punkte-Programm. Ich sage Ihnen: Das ist kein Programm; das ist eine Dokumentation der Regierungsunfähigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie kündigen an, dass ab 2005 nach und nach 4.000 neue Lehrer eingestellt werden sollen. Jetzt wird es interessant: Während Sie diese Forderung stellen, 4.000 neue Lehrer einzustellen, wenn Sie die nächste Landtagswahl gewinnen sollten, fordert gleichzeitig Ihr haushaltspolitischer Sprecher, Herr Diegel, am 24. Juni im Haushalts- und Finanzausschuss bei der Beratung dieses Nachtragshaushalts einen sofortigen und generellen Einstellungsstopp für den Landesdienst in Nordrhein-Westfalen.

(Ministerin Hannelore Kraft: Super! - Zurufe von der SPD)

Das hat uns überrascht. Darin zeigt sich die Widersprüchlichkeit Ihrer Politik. Sie fordern mehr Stellen - das hört sich gut an -, und Herr Diegel geht in den Ausschuss und fordert im Namen der CDU einen sofortigen Einstellungsstopp.

(Widerspruch bei der CDU - Gisela Walsken [SPD]: Genauso ist es gewesen!)

Da sind wir von den Socken; das ist ein starkes Stück. Das ist Oppositionspolitik: Der eine redet so, der andere redet so. Sie haben Ihren Laden nicht im Griff, Herr Rüttgers. So etwas darf Herr Diegel nicht tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Lieber Herr Rüttgers, was wäre die Folge eines solchen Einstellungsstopps, den Herr Diegel in Ihrem Namen gefordert hat? Ab sofort gäbe es keinen Ersatz für ausscheidende Lehrer - 5.000 pro Jahr.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Wie in Niedersachsen!)

Damit blockieren Sie auch die 1.000 zusätzlichen Stellen, die wir für dieses und das nächste Jahr im Bereich der Lehrerversorgung vorgesehen haben; die entfielen ebenfalls.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Das Modell Niedersachsen!)

Das heißt, wir hätten in diesem Jahr 6.000 Lehrerinnen und Lehrer weniger, wenn wir Herrn Diegel folgen. Das ist doch unglaublich.

Sie kündigen an: Wir bringen mehr Polizisten auf die Straße. - Gut, sehr schön! Gleichzeitig fordern Sie einen Einstellungsstopp. Das bedeutet doch: Für keinen ausscheidenden Polizeibeamten kann ein neuer mehr eingestellt werden und auch sonst kein neuer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ist das ein Beitrag zur inneren Sicherheit, Herr Rüttgers, die Sie gerade eingefordert haben?

Sie kündigen in Ihrem Papier an, den Umsatzsteuerbetrug bekämpfen zu wollen, und versprechen dadurch Mehreinnahmen von 125 Millionen €. Wollen Sie diese Summe erreichen, indem Sie die Zahl der Mitarbeiter in den Finanzverwaltungen durch einen Einstellungsstopp herunterfahren?

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen brauchen wir dazu - Sie wissen das auch - eine Rechtsänderung in Brüssel. Das kann der Landtag gar nicht beschließen. Das haben Sie wahrscheinlich gewusst und nur nicht gesagt.

Nein, meine Damen und Herren, Ihre Politik ist unglaublich. Sie reden hier so und handeln anders. Ich glaube, politische Verantwortung sieht anders aus. So wird Herr Rüttgers das von ihm angestrebte Ziel nicht erreichen.

Herr Rüttgers kämpft hier zusammen mit seinen Freundinnen und Freunden aus der CDU-Landtagsfraktion gegen das, was die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen im Bereich des öffentlichen Dienstes vor allen Dingen bei den Beamten getan hat. Wir haben in der Tat das Weihnachtsgeld gekürzt und das Urlaubsgeld sogar gestrichen. Das hat uns viel Kritik eingebracht wie im Übrigen auch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde in der Woche.

Für die Proteste im öffentlichen Dienst haben Sie sehr viel Verständnis geäußert. Wir hatten vor dem Landtag eine große Demonstration mit 35.000 Menschen: DGB und Deutscher Beamtenbund zum ersten Mal zusammen vor dem Landtag. Das war für Sie ein gefundenes Fressen, dorthin zu gehen, um Ihre Solidarität mit den Demonstrierenden zu bekunden.

Während Sie hier an dem, was wir getan haben herumnörgeln - auch an der 41-Stunden-Woche für die Beamten -, gehen Ihre Freunde in den anderen Bundesländern doch viel weiter: 42 Stunden in Bayern. Schauen Sie sich an, was in Hessen und Niedersachsen passiert! In Niedersachsen will Herr Wulf das Weihnachtsgeld komplett

streichen bis auf einen kleinen Anteil für Kinder und für besonders gering Verdienende. Würden Sie es nicht ganz ähnlich machen, Herr Rüttgers, wenn Sie es könnten?

Sie reden ganz anders, zeigen Ihre Solidarität, stellen sich an die Seite von Demonstranten, aber in Wirklichkeit wollen Sie eine ganz andere Politik betreiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erwarten in der Politik mehr Ehrlichkeit. Die Menschen erwarten in diesen schweren Zeiten, dass man mutig neue Wege geht. Sie begrüßen Veränderungen. Aber gleichzeitig haben sie natürlich auch Angst vor Veränderungen, und wenn sie unmittelbar davon betroffen sind, protestieren sie natürlich auch dagegen. Dann muss man sich stellen. Verantwortung heißt nicht etwa, sich um Entscheidungen herumzudrücken, sondern Entscheidungen zu treffen, Herr Dr. Rüttgers.

(Ilka Keller [CDU]: Dann treffen Sie sie doch!)

Wir machen das. Wir stellen uns der Kritik. Wir wissen, unsere Umfragen sind im Augenblick nicht gut. Aber deshalb, weil wir dieses Land verändern, weil alle Menschen - das wissen Sie aus allen Medien - ein Gefühl dafür haben, dass es so, wie es ist, nicht weitergehen kann. Dass aber Veränderungen schmerzhaft sind, weiß auch jeder. Deshalb sind Menschen irritiert.

Sie versuchen nur, mit dem warmen Wind allgemeiner Zustimmung zu Ihrem Ziel zu kommen. Ich sage Ihnen: Es wird Ihnen nicht gelingen, Herr Dr. Rüttgers.

(Beifall bei der SPD)

Was planen Sie in Wirklichkeit? Irgendjemand hat den Deckel ja ein bisschen gelüftet, was bei Ihnen so alles erdacht wird. Da lesen wir seit gestern in den Zeitungen - heute haben das ja schon viele kommentiert; einige wenige setzen sich davon ab, auch der Herr Kollege Arentz, der heute leider nicht hier sein kann -, was Frau Merkel, Herr Merz und Herr Meyer gemeinsam wollten. Herr Meyer hat gestern oder vorgestern ein Papier veröffentlicht: Maßnahmen für den Arbeitsmarkt, wenn man im Jahr 2006 an die Regierung kommt. - Alle Achtung, die Berliner CDU hat Mut; das muss ich schon sagen. Die Berliner CDU, Sie hier nicht; Sie haben keinen Mut.

Die haben vorgeschlagen: Wegfall des Kündigungsschutzes für Menschen über 53 Jahre und in Betrieben mit weniger als 20 Mitarbeitern. Das

soll eine sozial verantwortbare Politik Marke CDU/CSU sein?

Ich hätte gerne Herrn Arentz gefragt, ob er eigentlich weiß, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen davon betroffen wären - ich fürchte, es wird die allergrößte Zahl sein -, was das dann für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz konkret bedeutet und wie er ihnen das erklären will. Nun habe ich gelesen, dass er dem kritisch gegenübersteht. In einigen Zeitungen findet man das heute wieder. Aber da muss ich schon sagen - ich sage das jetzt, obwohl er nicht hier ist -: Seine Bemerkung, wenn das so beschlossen würde, was er aber nicht glaube, dann wäre das aktive Wahlhilfe für die SPD, ist, finde ich, zynisch; denn es geht nicht um die SPD, es geht um die Menschen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist zynisch. Das ist nicht schön.

Ihre Berliner Freunde planen Einschränkungen bei der betrieblichen Mitbestimmung und den Wegfall der Bindung der Betriebe an die Tarifverträge. Wohin das führt, merken wir ja jetzt bei Daimler-Chrysler. Wollen Sie das überall so in Deutschland: dass die Arbeitnehmer und ihre Betriebsräte in jedem einzelnen Unternehmen und die Gewerkschaften erpressbar sind? Jetzt läuft das nämlich so: Oh, dann gehen wir eben nach Südafrika oder so. - Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben da starke Bauchschmerzen. Wir wollen das nicht.

Sie wollen, dass alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Westdeutschland gestrichen werden und dass die Starthilfen auch für Selbstständige wegfallen. Allein in Nordrhein-Westfalen wären davon 60.000 Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen direkt betroffen.

Einige Ihrer Oberbürgermeister werden sich ein bisschen verwundert die Augen reiben, beispielsweise Herr Wittke in Gelsenkirchen. Der wird fragen: Wie? Die Absicherung der vielen Menschen, die bei uns in Gelsenkirchen in AB-Maßnahmen sind, davon ihren Lebensunterhalt bestreiten und sich gleichzeitig fortbilden, das soll alles wegfallen, wenn die CDU drankommt? - Das ist bestimmt kein Beitrag für ihn, für seine Wiederwahl, von der ich hoffe, dass sie nicht erfolgt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber wir müssen das ein bisschen kommunizieren. Das will die CDU. Die Menschen müssen doch wissen, was Sie wollen. Die Berliner CDU

sagt es ihnen. Die Düsseldorfer CDU taktiert herum, die sagt es nicht.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber da haben Sie noch einen Vorschlag in Ihrem Köcher in Berlin, und der ist, finde ich, eigentlich der schlimmste von allen. Da bin ich wirklich entsetzt. Sie schlagen nämlich vor: Arbeitslose sollen im ersten Monat ihrer Arbeitslosigkeit Sozialhilfe statt Arbeitslosengeld erhalten. Das bedeutet: Jemand, der in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat - er selbst und auch der Arbeitgeber -, soll einen Monat lang aus diesem eingezahlten Geld keine Versicherungsleistung, sondern Sozialhilfe bekommen. Mein lieber Freund! Da kann ich nur sagen: Im klassischen Fall ist das Versicherungsbetrug. Das darf keine Versicherung machen. Keine Versicherung dürfte das machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da würde man vor jedem Gericht Recht bekommen, wenn eine Versicherung das machen würde.

Aber die staatliche Arbeitslosenversicherung soll sagen: "Du zahlst ein, aber im ersten Monat deiner Arbeitslosigkeit bekommst du von uns kein Geld, sondern Sozialhilfe"? Sind Sie denn wirklich völlig durch den Wind, solche Vorschläge zu machen? Das verstehen Sie unter sozialer Gerechtigkeit? Da sage ich: Nein danke, CDU!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Doppelhaushalt verabschiedet. Der hat die Grundlagen für die nächsten zwei Jahre gelegt. Dass dieser Doppelhaushalt mit Nachtragshaushalten angepasst werden muss, ist doch selbstverständlich. Wir haben die Steuerschätzung im Mai gehabt. Wenn nicht die beiden großen Brocken dabei gewesen wären - wenn ich das richtig sehe, waren das die Steuereinnahmen bei der Schwarzgeldbekämpfung und das Steueramnestiegesetz -, hätten wir die Mindereinnahmen relativ locker wegdrücken können. Aber diese Brocken kamen hinzu, weil diese beiden Gesetze nicht gegriffen haben. Warum, weiß ich nicht. Vielleicht waren sie auch nicht so ausgestaltet, wie wir uns das haben vorstellen können, weil daran natürlich auch die Opposition im Bundesrat mitgewirkt hat. Das kann der Ministerpräsident, der bei diesen Gesprächen dabei war, nachher ja noch genauer sagen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Das hat nicht gezogen. Also bekommen wir das Geld nicht und müssen jetzt einen Nachtragshaushalt machen. Ja, das machen wir. Es wird im Laufe der nächsten anderthalb Jahre auch noch weitere geben müssen. Ich nehme an, dies wird nicht der einzige sein. Für 2005 wird das auch noch einmal passieren müssen.

Aber wir haben in diesem Haushalt - und das gilt auch für diesen Nachtragshaushalt - die politischen Schwerpunkte in einer finanziell schwierigen Zeit entsprechend dargestellt. Unsere Schwerpunkte sind Bildung und Wissenschaft. Jawohl, vor allen Dingen Bildung, Schule! Für die Schulen haben wir wieder mehr Geld zur Verfügung gestellt - ich habe es vorhin dargestellt -, nämlich für die offene Ganztagsgrundschule. Das ist richtig in dieser Zeit, in der wir gemeinsam wissen, dass wir uns hier finanziell sehr engagieren müssen. Wir haben nicht wie die anderen gekürzt. Wir wollen 1.000 Lehrer mehr und nicht Lehrerstellen streichen - anders, als es andere Bundesländer getan haben. Dafür nehmen wir auch Geld in die Hand, und das ist auch richtig so.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sichern auch die soziale Infrastruktur in unserem Land. Ja, auf einem niedrigeren Niveau! Aber wir gehen nicht so weit wie beispielsweise Ihr Parteifreund Wulff in Niedersachsen, der das Landesgeld für Blinde streichen will und dabei auf den Bund verweist. Wir machen das bei uns nicht. Das ist nur ein Beispiel. Schauen Sie sich einmal an, was in anderen Bundesländern alles passiert. Das ist eine Politik der absoluten Härte, wie dort Verschiedene gesagt haben, und zwar nicht nur Oppositionspolitiker, sondern auch Freunde aus Ihren Reihen, denke ich.

Meine Damen und Herren, wir unternehmen alles, um jungen Menschen hier bei uns in Nordrhein-Westfalen eine Startchance zu geben. Wir setzen auf die Arbeitsmarktreformen, die sich mit Hartz IV verbinden. Ja, wir setzen darauf, dass das ein Erfolg wird. Ich kann nur hoffen, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten, dass das geschieht. Was Sie in der Arbeitsmarktpolitik machen - das habe ich gerade versucht darzustellen -, ist das Gegenteil von dem, was wir hier tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Union befindet sich im Augenblick, auch vor dem Hintergrund relativ guter Umfragen - das ist leider so, das nehmen wir zur Kenntnis; wir werden daran arbeiten, dass sich das ändert -, in einem Zustand der Euphorie. So hat doch Ihr Generalsek-

retär Reck - ich glaube, so heißt er - ja schon zum letzten Sommerfest vor dem Regierungswechsel eingeladen. Alle Achtung! Dazu kann ich nur sagen, Herr Dr. Rüttgers: Erfolg steigt zu Kopf, wenn da der dafür erforderliche Hohlraum ist.

(Beifall und Lachen bei der SPD)

Sie befinden sich in einem virtuellen Rausch. Der Erfolg ist Ihnen wichtig. Sie wollen keine Fehler machen, nicht anecken, allen alles versprechen, aber sich nicht positionieren.

Ärgerlich sind Sie - das merkt man auch bei Herrn Arentz - über dieses Arbeitsmarktpapier. Denn das offenbart zu viel von dem, was Sie wirklich wollen. Die Leute könnten ja merken, was sich hinter der CDU verbirgt, was Merkel, Merz und Meyer eigentlich wollen. Deshalb verschweigen Sie das alles. Das ist Ihnen peinlich und unangenehm. Das ist eine weich gespülte Politik ohne Ecken und Kanten, eine Oppositionspolitik einfachsten Musters. Damit finden Sie keine Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin sehr sicher, Herr Dr. Rüttgers: Sie sind Oppositionsführer, und Sie werden Oppositionsführer bleiben. Wir werden alles tun, damit der jetzige Ministerpräsident auch der nächste Ministerpräsident in diesem Bundesland ist. - Glück auf!

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Bravo! Sehr gut!)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Moron. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einiges gehört über den Machtwechsel 1998 in der Bundesregierung. Wir haben auch einiges über das gehört, was andere Bundesländer tun.

Herr Moron, ich möchte auf das zurückkommen, worum es hier heute geht, nämlich um unser Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Lassen Sie mich zunächst sehr deutlich sagen: Demagogie ist kein Politikersatz. Wir wollen über Fakten diskutieren und nicht über wüste Anschuldigungen, die Sie der Opposition gegenüber offenbaren.

Was sind die Fakten in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren? Die Fakten sind, dass wir auch in diesem Jahr wieder eine fast his-

torische - im letzten Jahr hatten wir sie - Neuverschuldung in diesem Land erreichen. Über 6 Milliarden €, Herr Steinbrück, sind kein Pappentitel. Das ist eine Belastung für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde.

(Beifall bei FDP und CDU)

Weil diese Zahlen so unglaublich groß sind, will ich sie für diejenigen, die auf der Tribüne zuhören, einmal herunterbrechen. Wir haben ungefähr 5.600 € pro Einwohner Verschuldung allein in Nordrhein-Westfalen. Und - das ist gesagt worden - die Zinslast in Höhe von 13 Millionen €, die uns hier jedes Jahr drückt, Herr Steinbrück, kann man auch in Stellen für unsere Kinder umrechnen, nämlich in etwa 500 Erzieherinnen pro Jahr und 350 Lehrer pro Jahr. Das sind die nackten Fakten. Hier wird letztendlich zulasten unserer Kinder gesündigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Politik ist das Gegenteil von sozial, Herr Moron. Sie ist unsocial. Denn sie ist - und darauf sind Sie in Ihrem Redebeitrag überhaupt nicht eingegangen - ein konsequenter Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit. Das muss man Ihnen jeden Tag wieder sagen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Steinbrück rennt immer weiter in die Verschuldung. Herr Dieckmann unterstützt ihn mit der Ausrufung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

(Zuruf von der Kabinettsbank: Das ist wie bei "Lola rennt"!)

- Ja, das ist wie bei "Lola rennt", richtig: Herr Steinbrück rennt.

Die Entscheidung allerdings, ob dieses gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist, haben Sie in die eigene Hand genommen, obwohl Ihnen die Experten sagen, dass das gar nicht zutrifft, dass nämlich die Strukturkrise das sehr viel stärkere Element als die Konjunkturkrise ist. Gelegentlich geben Sie das ja in Vorträgen andernorts auch schon einmal zu. Wenn eine andere Zuhörerschaft da ist, kann man diese Erkenntnis von Ihnen auch hören.

Verfassungswidrige Haushalte in Serie, Landesrechnungshofschelte und die politischen Handlungsspielräume komplett verspielt - das sind die Resonanz und die Bilanz Ihrer Politik, Herr Steinbrück, und Ihrer Mannschaft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich darf Sie an die Vergangenheit erinnern. Versprochen und gebrochen: 2005 sollte die Neuverschuldung null betragen. Das war die Planung Ihrer SPD/Grünen-Regierung. Jetzt stehen Sie sich bitte nicht heraus. Rot-Grün ist seit 1995 am Ruder. Und Sie trugen auch in früheren Funktionen Verantwortung für diese Politik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auch das, meine Damen und Herren, wollen wir nicht verschweigen: Herr Moron, dieser Nachtragshaushalt ist doch nicht wie ein Gewitter über Sie gekommen. Er war vorhersehbar. Alle Auguren wussten, dass Luftbuchungen ohne Ende in diesem Haushalt vorhanden sind. Das ist so, als ob der Kämmerer sagen würde: Die Gewerbesteuer schätze ich mal um 1 oder 2 Millionen höher, damit es im Haushalt gerade noch auskommt. - So geht das nicht. So kann man nicht arbeiten.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

- Das sind, Herr Groth, Politikfelder, auf denen Sie sich auskennen: Täuschen und Tricksen. Das weiß ich. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden auch immer wieder deutlich machen, dass Sie sich - und zwar vorsätzlich - mit Zahlen geschmückt haben, was die Einnahmeerwartungen betrifft, die erkennbar so nicht haltbar waren.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass auch Herr Steinbrück gleich die Erblasttheorie bemühen wird - alles das, was Schwarz-Gelb in vielen Jahren angeblich vorbereitet hat. Dazu darf ich darauf hinweisen: Der Wechsel in Berlin liegt bereits sechs Jahre zurück. Sie wollten alles besser machen, aber nichts ist besser geworden. Im Gegenteil!

(Beifall bei FDP und CDU)

Schauen wir uns doch Rot-Grün als Triebfeder des wirtschaftlichen Niedergangs einmal an: Von 1991 bis 2002, also in den letzten elf Jahren, ist das Wachstum in der Bundesrepublik 15 % gewesen, in Bayern 21 %, in Nordrhein-Westfalen aber nur 8,1 %. Sie können versuchen, diese Zahlen schönzureden, aber das sind die Fakten, Herr Steinbrück. Das heißt, dieses Land bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück. Und das liegt nicht an den Menschen, sondern an der Regierung in diesem Land.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn ich dann die Begründung höre, man müsse Schulden machen, man dürfe keine Ausgaben kürzen, weil das den Konjunkturmotor abwürge, möchte ich mal fragen: Welchen Konjunkturmotor? Alle uns präsenten Zahlen besagen doch, dass NRW dümpelt, während andere um uns herum - in Deutschland, aber auch in Europa - richtig in die Puschen kommen und Wachstumsraten erreichen, die Sie wahrscheinlich schwindelig machen würden.

(Beifall bei der FDP)

Heute Morgen haben wir gehört: Es gibt ein Steuer-Plus. - Ich ahne schon, dass die Aufschwungexperten jetzt sagen werden: Da ist er! - Heute Morgen war Herr Peffekoven diesbezüglich schon wieder im Fernseher zu sehen: Das ist natürlich kein dauerhafter Aufschwung. Das ist überhaupt nur eine kleine Korrektur im Bereich der Steuern, die vorhersehbar war. Bei Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer haben Korrekturen Platz gegriffen. Da ist nichts von Aufschwung aus der Binnennachfrage zu spüren.

Darauf aber, Herr Moron, kommt es an, dass in diesem Land endlich auch der Aufschwung erkennbar wird und das Angstsparen ein Ende hat. Das ist richtig, und das wollen wir. Aber mit Ihrer Politik werden Sie das nicht schaffen, weil Ihnen die Menschen einfach nicht mehr glauben. Das ist ihr wahres Problem.

(Beifall bei der FDP)

Tatsache ist, dass Rekordpleitewellen dieses Land erschüttern, dass der Strukturwandel nicht gelingt, dass Ihre große Ruhrkonferenz mit einem "fulminanten" Ergebnis zu Ende gegangen ist, dass große Ankündigungen und Versprechungen, aber im Nebulösen, gemacht werden. Das aber, meine Damen und Herren, wird an dieser Stelle nicht helfen. Und weil Sie nicht in die Strukturveränderung hinein wollen, bleibt alles heiße Luft.

Rot-Grün: versprochen - gebrochen. Ich darf an die Ankündigungen Ihres Amtvorgängers erinnern: 500.000 Arbeitslose sollten es "nur noch" sein. Dazu sagen wir: Das ist viel zu viel. Aber es sind jetzt 900.000 Arbeitslose in NRW, und das ist auch alles schlimmer und schlechter als in vergleichbaren großen westlichen Bundesländern. An der Erkenntnis geht kein Weg vorbei. Damit ist Ihre Bilanz als Wirtschaftsminister eindeutig ohne Impulse. Als Finanzminister haben Sie verfassungswidrige Haushalte vorgelegt. Und als Ministerpräsident sind Sie auch an der letzten Chance, die Sie gesehen haben, am Düsseldorfer Signal, gescheitert. Es ist seither nichts passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Ja, das ist das Schöne an Ihren Einwänden. Sie dürfen sich immer wieder in derselben Art und Weise ritualisiert äußern. Wenn wir allerdings Probleme aufzeigen, die Sie nicht beseitigt haben, dann sagen Sie, es sei immer die alte Leier. Das können Sie mit uns nicht machen, Herr Steinbrück.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auch das sage ich sehr deutlich: Flotte Sprüche und markige Beschimpfungen gegenüber der Opposition ersetzen keine vernünftige Politik. Sie sind am Ruder, Sie müssen handeln.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie fordern von uns Konzepte, die wir Ihnen liefern, die aber in der Praxis nicht ausprobiert werden können, weil Sie sie verhindern. Insofern müssen Sie sich an dem messen lassen, was Sie letztendlich nicht schaffen. Die Daten dazu sind ja schon genannt worden.

Sie betreiben weiter Steinkohlesubventionen: weitere Milliardenzusagen bis 2012. Sie sind nicht bereit, sie abzubauen, sondern Sie satteln im Zweifel drauf. Das ist Ihr Problem. Sie werden damit die wahren Probleme, nämlich im Bereich Bildung, Forschung und Verkehr, nicht lösen. Das ist die Schwierigkeit dieser Regierung. Die Menschen merken das draußen, wenn Sie über die Straßen fahren, die Schlaglöcher spüren und der Unterricht ausfällt.

(Edgar Moron [SPD]: Was hat der Unterricht mit den Schlaglöchern zu tun?)

Sie können es nicht kaschieren durch noch so vollmundige Ankündigungen.

Meine Damen und Herren, wir lasen: Verwaltungsstrukturreform kommt voran. - Zunächst hatten wir gehört, es bleibe bis 2005, wie es ist. Und dann der tolle Erfolg: Das RVR-Gesetz wird korrigiert. - Ja, weil Sie es vermässelt haben!

(Beifall bei der FDP)

Ein toller Erfolg dieser Regierung. Das ist medienwirksam, aber nicht landeswirksam. Wir wollen, dass für das Land etwas bewegt wird und nicht nur an einem Tag eine Schlagzeile in einer Zeitung zu finden ist.

Sie scheitern nach wie vor an der Abschaffung der Öko-Bürokratie von Frau Höhn. Es ist deutlich geworden, was wir wollen. Wir wollen diese Sonderbehörden abschaffen. Wir wollen diese Aufga-

ben, so denn notwendig, in die Behörden der Kommunen stecken, damit dort vor Ort verantwortliche Politiker dies dann auch umsetzen und den Bürgern zu ihrem Recht verhelfen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wie die Lage ist, ist auch durch Herrn Moron beschrieben worden, der kürzlich ein eigenes Arbeitsministerium gefordert hat, sozusagen als soziale Kuschelecke. Nun hatten wir gerade ein Ministerium zusammengefasst. Jetzt soll offensichtlich ein großes Imageministerium für die SPD gegründet werden. Nachdem die Sache in der Staatskanzlei misslungen ist, Herr Moron, ist das wirklich ein Bombenvorschlag.

(Edgar Moron [SPD]: Nicht so zynisch, Herr Kollegel!)

Eine weitere Bürokratisierung werden wir nicht mitmachen.

Sie haben natürlich Sorgen vor der NRW-Wahl. Die sind mit den Händen zu greifen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Der Widerspruch ist schon spannend. Sie sagen: Die hat große Bedeutung und Auswirkungen. Herr Müntefering sagt: Ist nicht so schlimm. Bis 2006 sind wir ja noch am Ruder.

Sie erkennen durchaus die Bedeutung dieser Wahl. Ich glaube aber - das ist auch aus den teilweise defätistischen Aussagen einiger Ihrer Kollegen deutlich geworden -, Sie haben sie in Wahrheit schon verloren gegeben. Sie müssen sich also nicht wundern, wenn das Vertrauen in diese Regierung schwindet. Es ist Zeit für einen Neustart in NRW. Diesen Neustart brauchen wir.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir brauchen in NRW den Mittelstand, wir brauchen Jobs. Wir müssen dafür sorgen, dass die Leute wieder Hoffnung schöpfen und erkennen, wohin es geht. Wir brauchen Aufbruch statt Stillstand. Darin liegt der entscheidende Unterschied: Unser Weg geht nach vorn, Sie gehen zurück. Sie nehmen Kredite auf und versprechen in Ihren Reden und laut Überschriften von irgendwelchen Zeitungsartikeln, Sie täten etwas für die Kinder und Kindeskiner. Das Gegenteil ist der Fall. Sie laufen in die Schuldenfalle.

Die Vorschläge der Opposition liegen seit Jahren auf dem Tisch. Die FDP lehnt sich an unverdächtige Zeugen an, die Sie, Herr Steinbrück, wegen ihrer Qualität nicht ganz außer Acht lassen soll-

ten: Wirtschaftsweise, OECD und Europäische Zentralbank. Diese Personen und Einrichtungen sagen Ihnen doch, was in Deutschland und was auch in diesem Bundesland fehlt.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

So fehlen natürlich einfache, niedrige und gerechte Steuertarife. Von dieser Reform haben Sie sich auf Bundesebene verabschiedet. Kein Mensch bei Ihnen spricht mehr davon. Die einzigen, die im Bundestag einen Reformentwurf eingebracht haben, sind wir von der FDP. Schließen Sie sich doch diesem Reformvorschlag an. Dann haben wir eine Chance.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch klar: Alles, woran es in Deutschland mangelt, hängt natürlich mit allem zusammen. Es ist nicht möglich, nur an einer Stellschraube zu drehen. Deswegen sind Entbürokratisierung und Subventionsabbau, Investitionen in Bildung, die Senkung der Arbeitskosten durch Sozialstaatsreformen und die Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt in einem Kontext zu sehen.

Herr Moron, Sie haben ja deutlich gemacht, dass Sie jegliche zukunftsgerichtete und zukunftsgerichtete Reform ablehnen.

Natürlich müssen wir es schaffen, dass unser Arbeitsmarkt den Arbeitsmärkten unserer Nachbarländer gleicht. Wir sprechen nicht über Amerika, was immer als Geißel hier genommen wird, sondern wir sprechen darüber, dass wir Verhältnisse haben wollen, wie sie in unseren Nachbarländern Holland, Belgien und Dänemark vorhanden sind. Nichts anderes als diesen Weg verfolgen wir, um konkurrenzfähig zu sein.

Sie betreiben hingegen ständig nur Panikmache und Dämonisierung, wenn es um Liberalisierung und um eine entsprechende Kommunalisierung geht. Alles muss bei Ihnen schön geordnet in staatlicher Hand bleiben. Mit diesem Weg werden Sie aber scheitern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was in Berlin mit der Agenda 2010 angestoßen worden ist, bedeutet nur einen ganz kleinen Anfang. Dieser Anstoß leidet unter einem ganz erklecklichen Mangel. Sie haben nämlich hinsichtlich der Zukunftsperspektive nicht weit genug geschaut. Sie ergreifen mit der Agenda 2010 nur Reparaturmaßnahmen. Wir brauchen aber Strukturmaßnahmen, um auch im Jahre 2020, 2030 und 2050 noch in diesem Land Chancen für alle bieten zu können. Da ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deswegen akzeptieren die Menschen auch nicht diese Trippelschritte. Herr Steinbrück, die Hartz-Reform an sich ist nicht verkehrt, nur greift sie zu kurz. Wenn Sie nur die Verwaltung ändern und ein wenig an Kürzungen vornehmen, aber für die Menschen keine Perspektive auf neue Jobs bieten, ist doch klar, dass dann Widerstand entsteht. Das heißt, die Agenda muss verbunden sein mit einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Das würde mehr Jobs, mehr Hoffnung, mehr Wohlstand und am Ende auch eine bessere Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme bedeuten. Dann würde ein Schuh daraus, aber nicht mit kleinen isolierten Schritten.

(Beifall bei der FDP)

Die gleiche Verlogenheit haben wir auch bei der Arbeitszeitdebatte. Meine Damen und Herren, es ist nicht zu leugnen - Frau Löhrmann, Sie schauen schon ganz interessiert -, dass in Deutschland die durchschnittliche Jahresarbeitszeit bei 1.360 Stunden liegt, dass sie in Polen aber bei 2.000 und in Korea bei 2.390 liegt. Das heißt, wir haben eine riesige Spanne. Diese werden wir nicht innerhalb eines halben Jahres ändern, aber man wird doch darüber sprechen dürfen, ob sich Betriebe in eigener Verantwortung mit den Arbeitnehmern maßgeschneiderte Arbeitszeiten ausdenken und diese miteinander vereinbaren dürfen. Nichts anderes bedeutet die Öffnung von Tarifverträgen durch Öffnungsklauseln, mit denen endlich die Verantwortung dort hingegeben wird, wohin sie gehört.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Zusammenhang von Erpressungspotenzial zu reden, Herr Moron, ist aus meiner Sicht perfide.

(Zuruf von der SPD: Tun sie doch!)

Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen, dass Arbeitsplätze nur erhalten werden können, wenn sich alle gemeinsam mehr anstrengen, dann halte ich das für ein positives Signal. Das ist das Einzige, was dieses Land wieder hoch bringen wird.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Das Land wird nicht wieder hoch gebracht durch Dekretierungen von irgendwelchen Engelen-Keifers, Bsirskes oder Peters'. Das sind keine Leute der Basis. Das sind nur Funktionäre.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Betriebsräte, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort gemeinsam mit den Unternehmen entscheiden lassen, wie das im Übrigen in europäischen Nachbarländern geschieht. Dort gibt es sehr viel mehr Flexibilität. Deswegen sind diese Länder auch sehr viel erfolgreicher.

Ich glaube, dass auch ohne Ihre Mithilfe praktisch dieser Weg jetzt beschritten worden ist. Nur hätten wir das alles sehr viel früher haben können, wodurch wir eine Aufbruchstimmung erzeugt hätten, statt im Abwehrkampf so zu tun, als könnte alles so bleiben, wie es ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger sprechen, dann werden auch Sie, Herr Steinbrück, nicht leugnen können, dass wir eine Einkommensbelastungsquote von 54 % haben. Dann reicht es nicht aus, immer wie Sie zu sagen, die Steuerquote sei nicht so schlimm und liege im Vergleich zum Ausland nicht so hoch. Nein, die Gesamtbelastung ist der entscheidende Punkt. Wenn die Menschen nach der Steuersenkung im Januar durch Alternativbelastungen am Ende nicht mehr als vorher haben, kann keine gute Stimmung aufkommen. Dann kommt keine Freude auf. Und ohne Freude, meine Damen und Herren, geht es in diesem Land auch nicht aufwärts!

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen - und auch hier sind, glaube ich, genügend Zeugen, die das bestätigen können - kommen Sie und andere, insbesondere Ihre Frau Simonis, immer wieder mit irgendwelchen Schreckgespenstern in Form weiterer Steuern: Mindeststeuer, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, "Currywurststeuer" - manchmal nennt man sie auch "Gummibärchensteuer" - auf ungesunde Lebensmittel! Es sind der Phantasie bei den Überlegungen, was man den Menschen noch irgendwie aufs Auge drücken kann, damit sie keine Lust mehr haben, offenbar keine Grenzen gesetzt!

(Beifall bei der FDP)

Es ist und bleibt ein rot-grüner Irrglaube, durch die Erhebung von immer mehr Steuern würde dieses Land genesen.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das ist doch gegen jedes Faktum!)

- Ihre Ankündigungen sind Legion. Sie finden jeden Tag solche Ankündigungen Ihrer Leute. Auch Sie selbst verkünden permanent: Die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer müssen angehoben werden. - Wir sind doch Zeugen dieser Ihrer Erklärungen gewesen.

Und das Gleiche gilt für das Gesundheitswesen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

Die Gesundheitsreform ist vermässelt worden, und zwar von CDU und SPD im Schulterschluss. Es sind bei dieser so genannten Gesundheitsreform - und das ist das Entscheidende; dieser Aspekt wird auch die Diskussion über Bürgerversicherung und Kopfpauschale kennzeichnen - die entscheidenden Faktoren außer Acht geblieben, nämlich die demographischen Absicherungen unserer Systeme für die Zukunft.

Ich kämpfe mit meiner Fraktion für die jungen Menschen, die erst in 2050 belastet werden und die Sie nicht im Blick haben. Sie schauen ausschließlich darauf, was man kurzfristig gerade noch drehen kann, wo man noch ein bisschen was verändern kann. Wir wollen in der Tat einen Strukturwechsel.

Der Gedanke der Solidargemeinschaft steht dazu nicht im Widerspruch. Schauen Sie sich die private Krankenversicherung an! Dort werden auch unterschiedlich verdienende Menschen in eine Solidargemeinschaft aufgenommen. Das geht komischerweise. Und die Privaten schaffen es sogar, Altersrückstellungen aufzubauen, was Sie mit Ihren Zwangskassen natürlich nicht hinbekommen.

(Zurufe von Barbara Steffen [GRÜNE] und Gisela Walsken [SPD])

Weder in der Rentenkasse noch in der Krankenversicherung gibt es irgendeine Altersvorsorge.

Ich sage Ihnen: All diese Modelle, die keine Erhöhung der Beiträge im Alter verhindern, sind zum Scheitern verurteilt. Wir müssen nämlich dafür Sorge tragen, dass die Beitragslast auch in 2040 und 2050 noch erträglich ist.

Deswegen muss die Krankenversicherung für die jungen Leute auf private Beine gestellt werden: mit Wahlтарifen, mit Möglichkeiten der flexiblen Versicherung bei einer - damit das gleich klar ist, Herr Moron - selbstverständlich verpflichtenden Grundabsicherung. Es gibt bei uns keine versicherungsfreien Bürgerinnen und Bürger aus der Gruppe der Arbeitnehmer. Sie gibt es nicht!

Vielmehr fordern wir: Jeder soll über eine Grundabsicherung verfügen. Aber er soll dann, wie bei anderen Versicherungen auch, wählen dürfen. Er soll sich Tarife auf den Leib schneiden lassen dürfen. Er soll gegebenenfalls auch mit Selbstbehalten arbeiten dürfen. Alles das geht, wenn man

es denn will. Nur - das ist das Schlimme an dieser Stelle -: Die "Großkoalitionäre" wollen das nicht.

Wir werden für diese Ehrlichkeit kämpfen. Das ist unsere Politik, unsere wohl verstandene Politik für die Zukunft der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt natürlich auch, meine Damen und Herren, für das Thema Wirtschaftspolitik und Technologie. Wir hatten gerade gestern wieder hier im Landtag eine Anhörung zu dem Thema Energie.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Haben Sie etwas gelernt?)

Leider waren Sie nicht da, Herr Priggen, um die Wut der Menschen über die Politik zu spüren, mit der Sie sie drangsalierten. Drei Milliarden für Subventionierung und natürlich auch steuerliche Vorteile von Investoren! Drei Milliarden für laue Lüftchen in diesem Lande! Das ist ein Skandal.

Dieses Geld muss in der Tat in moderne Forschung und Technik, die Herr Steinbrück gerne annahmt - insofern sind wir sicherlich einer Meinung -, in Bio- und Gentechnik investiert werden. Da gehört Geld hin!

Die FDP ist nie gegen eine Subvention zur Anschubfinanzierung gewesen. Aber wir kämpfen sowohl bei der Steinkohle als auch bei der Windkraft gegen unsinnige Dauersubventionen, die die Menschen noch Jahre und Jahrzehnte belasten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Ihre Politik, und zwar Ihre Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik, zeigt: Sie regieren längst nicht mehr. Sie werden von der Wirklichkeit regiert, der Sie hinterher zu hecheln versuchen, indem Sie durch immer mehr Schulden versuchen, Ihr Versagen zu kaschieren.

NRW braucht einen Neustart und hat einen Neustart verdient, aber nicht mit Rot und erst recht nicht mit Grün! - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man fragt sich, wenn man aus dem schönen Nordengland zu dieser Plenarsitzung, die man eigentlich für überflüssig hält, zurückkommt, ja doch, ob man wenigstens

etwas Neues erwarten darf, ob man etwas Neues erfährt, ob Herr Rüttgers sich vielleicht etwas Besonderes ausgedacht hat, was er uns bisher noch nicht erzählt hat. Darauf ist man gespannt und denkt: Na ja, vielleicht gibt es ja doch etwas Besonderes!

Das Einzige aber, was ich heute Neues gehört habe, war die Liebeserklärung an Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Gisela Walsken [SPD])

Das hat er sich offensichtlich von unserem neuen Bundespräsidenten abgeguckt, weil er wohl dachte, das käme gut an.

Allerdings hat die ganze Sache einen Haken, Herr Rüttgers: Sie haben keine Mitgift mitgebracht. Ihre Liebeserklärung an Nordrhein-Westfalen war ohne Mitgift!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nur das Gleiche geboten wie vorher. Also auch heute wieder das übliche Spiel der Opposition oder zumindest der Versuch: Blockieren, Chaotisieren und Verantwortung wegschieben.

Im Bundesrat - das ist bereits gesagt worden - ist Ihnen das schon häufiger gelungen. Deshalb versuchen Sie es auch hier im Land. Doch wir lassen Ihnen das nicht durchgehen. Die heutige Sondersitzung ist nur deshalb notwendig geworden, weil Sie von der CDU und FDP aus reinen parteiegoistischen Gründen das Beratungsverfahren

(Zuruf von der CDU: Falsch!)

über alle sachlichen Notwendigkeiten hinweg verzögert haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir hätten ohne Not in der vergangenen Woche den Nachtragshaushalt beschließen können. Außer Ihr Entschließungsantrag hat alles auf dem Tisch gelegen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Insofern hätten wir das planmäßig abschließen können. Dazu waren Sie jedoch nicht bereit. Das ist schlechtes Theater. Das sind Sandkastenspiele, die erhebliche unnötige Kosten verursachen, und das in einer Situation, in der NRW jeden Cent dreimal umdrehen muss. Dafür tragen Sie von CDU und FDP ganz alleine die Verantwortung.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es ist richtig und wichtig, die Rechte der Minderheiten im Parlament zu beachten. Das haben wir

auch getan. Wir haben sogar Fristen eingeräumt. Sie waren selbst in der Ältestenratsitzung nicht in der Lage, zu sagen, ob Sie eine Anhörung beantragen wollen. Das wüssten wir noch nicht genau, haben Sie gesagt. So war die Lage. Wir hingegen haben gesagt: Wir machen das. Wir achten Ihre Rechte, weil sie uns wichtig sind, aber dann müssen wir als rot-grüne Regierung auch handlungsfähig sein.

Warum es fachlich richtig ist, diesen Nachtragshaushalt noch vor der Sommerpause zu beschließen und dies nicht erst im September zu tun, möchte ich Ihnen an wenigen Punkten deutlich machen. Es ist richtig, weil die neu vorgesehenen 250 Ausbildungsstellen unverzüglich ausgeschrieben werden müssen. Davon sollen nämlich 250 junge Menschen profitieren und im September eine Ausbildungsstelle erhalten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es ist ferner richtig, weil das Geld für 226 Referendarstellen bereitgestellt werden muss, damit diese zum Schuljahresbeginn nach den Ferien besetzt werden können, und - Herr Moron hat es bereits gesagt, aber weil es so wichtig ist, möchte ich es wiederholen - weil die zusätzlichen Mittel für die offenen Ganztagsschulen in Höhe von 2,5 Millionen € bis zum 6. September bewilligt werden müssen, da sonst Anträge von Schulen und Kommunen für 6.100 neue Plätze abgelehnt werden müssten. 6.100 Kinder und ihre Eltern zusätzlich sollen nämlich, so wollen wir es, einen Ganztagsplatz erhalten. Wir wollen, dass dieses Programm angenommen wird,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

und das Programm wird, trotz all Ihrer Miesmacherei im Parlament, angenommen. Wir wollen, dass die Kinder und Eltern Verlässlichkeit haben, und dieses Signal wollen wir heute sehr deutlich senden.

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen bleibt also im Zentrum unserer Politik, und zwar auch mit diesem Nachtragshaushalt. Diese Koalition bleibt konsequent und berechenbar. Daran ändert auch Ihr schwarz-gelbes Chaos nichts.

Meine Damen und Herren, das Handeln der Opposition, der Versuch einer Chaosstrategie, ist nicht geprägt von der harten, aber sachlichen Auseinandersetzung um die richtige Lösung, sondern ist allein geprägt vom Versuch, mit möglichst wenig Aufwand, mit möglichst wenig ehrlicher Arbeit und mit möglichst wenig Klarheit größtmögliche Aufmerksamkeit zu erhaschen.

All Ihr Tun ist geprägt von zwei Terminen, nämlich Ende September und Mai 2005. Wenn Sie sich da aber mal nicht vertun und schon zu früh frohlocken. Anders ist es aber nicht zu erklären, dass Sie von der Opposition nicht Willens und in der Lage waren und sind, in den Ausschüssen Änderungen am Haushalt zu begründen, geschweige denn zu beantragen.

Der Entschließungsantrag, den Sie uns heute auf den Tisch gelegt haben, ist in der Tat nichts Neues. Ich hätte gerne, Herr Rüttgers - das muss ich Ihnen jetzt einmal sagen -, einmal erklärt bekommen und schwarz auf weiß nachgelesen, wie Sie, indem die Reichen mehr für die Schulbücher bezahlen, mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen bezahlen wollen. Das beschließen wir zwar hier im Lande, aber es geht um kommunales Geld, was die Schulbücher betrifft. Selbst dann, wenn man sich darauf einließe und es zu Ihren Gunsten rechnen würde, käme man vielleicht auf 1.000 Lehrerstellen. Wie Sie mit 1.000 Lehrerstellen für das ganze Land Nordrhein-Westfalen kleinere Klassen erreichen wollen, müssen Sie mir einmal vorrechnen. Das ist eine typische Milchbubirechnung à la Diegel oder Rüttgers oder wer auch immer Ihnen das aufgeschrieben hat. Vielleicht haben Sie es sich ja auch selber ausgedacht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dies hätte ich gerne nachgelesen, damit wir es überall vorzeigen können. Ich habe es bisher nur in Pressenotizen.

Sie sagen einfach nicht, was Sie wollen, was Sie genau ändern würden. Es geht nach dem Motto: Allen Wohl und keinem Weh! Das ist zu wenig. Herr Rüttgers, eine aufgeblähte Brust macht noch langen keinen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die CDU ist und bleibt eine Blackbox. Niemand weiß, was drin steckt, absolutes Dunkel, kein Funken Licht, und der Herr Oppositionsführer Rüttgers macht nur noch auf Schönwetter. Nur nicht inhaltlich bewegen, damit es keine politischen Wellen gibt. Da, wo geführt und entwickelt werden müsste, da, wo sich die Opposition als Regierung im Wartestand profilieren müsste, versucht die neue CDU im Westen, nirgends anzuecken und fast jedem nach dem Mund zu reden, um so all diejenigen zu umgarnen, die auf irgendeine Weise von Umbrüchen in der Gesellschaft betroffen sind. Das ist unehrlich, weil die Umbrüche ja stattfinden, auch wenn man die Augen davor verschließen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kommt darauf an, der Modernisierung eine Richtung zu geben, meine Damen und Herren. Wir tun das, und zwar sozial, ökologisch und mit der eindeutigen Priorität für Bildung, für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen.

Bei der CDU weiß man eben nicht, wer letztendlich drin steckt. Die drei M sind eben schon genannt worden. Wer hat denn nun das Sagen, Merz oder Rüttgers, Pofalla oder Reck? Im Moment scheint vor allem Herr Spreng das Sagen zu haben. Ob aber der politische Wettbewerb mit inhaltsleerem Human Touch zu bewerkstelligen ist, mag man bezweifeln.

Wir Grüne würden gerne mit der CDU die inhaltliche Auseinandersetzung um Positionen führen und vor allem für ein liberales, weltoffenes und tolerantes NRW kämpfen. Doch dazu müssten Sie Ihre Karten auf den Tisch legen, müssten klar und deutlich sagen, wohin Sie in diesem Lande wollen. Es ist ja schön, Herr Rüttgers, dass Sie Billy-Regale aufbauen können, dass Sie zuhause den Abwasch machen und drei Tage lang eine allein Erziehende unterstützt werden können. Jeder weiß aber, dass das nicht Ihr Alltagsleben ist, jeden Tag, 365 Tage im Jahr.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß ja nicht, ob das etwas mit dem praktisch Begabten, von dem Sie immer reden, zu tun hat. Das soll er natürlich auch können, das ist gut. Aber wir meinen, ein Ministerpräsident muss mehr bieten.

Herr Rüttgers, Sie müssen sich entscheiden, ob Sie am preußischen Beamtenrecht aus dem vorletzten Jahrhundert festhalten oder ein modernes, zukunftsfähiges und einheitliches Dienstrecht haben wollen. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie am alten dreigliedrigen Schulsystem aus dem vorletzten Jahrhundert festhalten und weiter zutiefst ideologische Auseinandersetzungen führen wollen oder ob Sie ein modernes zukunftsfestes Schulsystem haben wollen, das Leistung fordert, Leistungsschwächere fördert

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

und bei dem die Schulen selbständig und selbstverantwortlich sind. Das blockieren Sie doch immer wieder.

Herr Wolf, Sie fordern hier die Liberalisierung und die Deregulierung. Bei diesem konkreten Beispiel kneifen Sie aber. Da machen Sie nicht mit. Die Selbstständige Schule läuft, und zwar gut. Deswegen wollen wir sie ausweiten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Daran merkt man: Sie reden nur abstrakt. Wenn es konkret wird, kneifen Sie immer. Jetzt sprechen Sie von den Arbeitszeiten. Sie sagen: Nein, das darf man nicht von oben dekretieren. Das muss man vor Ort machen. - Das Bandbreitenmodell im Bereich der Schule ist doch nicht von oben dekretiert. Es ist ein Angebot an die Schulen. Dieses Angebot wird dann blockiert. Da soll das Ganze plötzlich von oben kommen. Wie soll es denn nun gemacht werden? Mal so, mal so? Das ist keine klare Linie, meine Damen und Herren.

(Brigitte Speth [SPD]: Herr Wolf weiß gar nicht, worüber Sie reden! Das ist das Schreckliche!)

Das waren nur wenige Beispiele, die deutlich machen, warum es besser für unser Land ist, wenn Rot-Grün regiert.

Meine Damen und Herren, dass man das bei der Opposition nicht weiß, ist umso schlimmer; denn die politischen Herausforderungen werden ja nicht geringer, sondern schwerer. Denk- und Handlungsblockaden bestimmen noch immer das Bild. Interessengruppen machen notwendige Veränderungen immer wieder schwierig, manchmal sogar unmöglich.

Wir müssen weiter daran arbeiten, dies aufzubrechen und Lobbyverbände aller Art ins Visier nehmen: Kassenärztliche Vereinigungen, Kammerverbände und mittelalterliche Zunftgebilde - Strukturkonservative aller Couleur. Um mit Erich Fried zu sprechen: Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.

Dabei bleibt richtig: Ohne eine deutliche Senkung der Massenerwerbslosigkeit wird die Erneuerung unseres Landes nicht gelingen. Und ohne die Erneuerung des Sozialstaates kann es nicht gelingen, zu neuer wirtschaftlicher Dynamik zu kommen. Der Umbau des Sozialstaates muss vorangebracht werden - auch wenn viele Maßnahmen schmerzen, auch wenn viele Bürgerinnen und Bürger betroffen sind und auch wenn dies Eingriffe in gewachsene Strukturen bedeutet.

Gleichzeitig müssen wir aber den Gedanken und auch den Anspruch von sozialer Gerechtigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Hier unterscheide ich mich gerne und ausdrücklich von Herrn Wolf, der einen Atem von sozialer Kälte hat. Es kann nicht sein, dass nur die normalen Bürgerinnen und Bürger belastet werden. Zu Recht wird auch erwartet, dass sich die Unternehmen, die Kapitalgesellschaften und Konzerne, an der Be-

wältigung der Krise beteiligen - also diejenigen, die jahrzehntelang vom sozialen Frieden, von hervorragend ausgebauter Infrastruktur, vom hohen Ausbildungs- und Bildungsstandard und auch von hohen Subventionen profitiert haben. Gerade in der letzten Woche haben wir anhand des Falles Vodafone über die Mindestbesteuerung debattiert.

Ich will noch einmal unterstreichen: Wir können erwarten, dass Unternehmer und ihre Verbände nicht nur nach dem Staat rufen und finanzielle Entlastung oder rechtliche Flexibilisierung fordern, sondern auch Eigeninitiative beweisen sowie Mut zum Handeln und Mut zur Zukunft zeigen, indem sie Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, indem sie investieren, anstatt ihr Kapital auf Auslandskonten zu bunkern, und indem sie ihr Know-how und ihr Wissenspotenzial anbieten und in die gesellschaftliche Debatte einbringen, um Bildung, Hochschule, Gesundheitswesen und Verwaltung nachhaltig und im Interesse aller zu reformieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, zu Beginn meiner Ausführungen habe ich umrissen, warum es politisch richtig und wichtig ist, diesen Nachtragshaushalt heute zu beschließen. Notwendig geworden ist dieser Nachtrag, weil sich in dem halben Jahr seit Verabschiedung des Doppelhaushalts einige gravierende Rahmendaten verändert haben.

Bei einem Gesamtvolumen von knapp 46,7 Milliarden € werden wir nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2004 rund 950 Millionen € Mindereinnahmen zu verzeichnen haben. Zusätzlich sind einige unabwiesbare Mehrausgaben - beispielsweise rund 100 Millionen € für die Erhöhung der Ausgaben für das Wohngeld - zu tätigen. Einige politische Weichenstellungen habe ich schon genannt.

Alle politisch gewollten fachlichen Veränderungen haben wir im Haushalt über Einsparungen erwirtschaftet. Alle steuer- und konjunkturbedingten Veränderungen in Höhe von rund 950 Millionen € sind durch zusätzliche Kreditemächtigungen abgedeckt worden. Damit beträgt die Neuverschuldung rund 6,2 Milliarden €.

Wir liegen - das muss man zugeben; das tut auch weh - um rund 2,4 Milliarden € über der Verfassungsgrenze. Das ist alles andere als gut für eine nachhaltige Finanzpolitik. Es ist schlicht der Faktenlage geschuldet und dient zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Dass dieses Gleichgewicht gestört ist, ist hoffentlich unbestritten; es müsste zumindest unbestritten sein.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Ist es nicht!)

Ebenso unbestritten ist, so hoffe ich, dass wir aus dieser Lage in den nächsten Jahren herauskommen. Zarte Töne am Konjunkturhimmel lassen hoffen. Die wirtschaftliche Dynamik - das sagen alle Forschungsinstitute - kommt wieder in Fahrt. Insofern wird sich die Reformpolitik auszahlen. Da bin ich mir sicher.

Es kommt nun darauf an, sie konsequent weiterzuführen und alles dafür zu tun, dass soziale und ökologische Modernisierungen mit dem wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes einhergehen und wir so die Zukunft gestalten. Dazu wollen wir Grüne gerne unseren Beitrag leisten, sachorientiert und selbstbewusst. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Ironie in der Politik nicht erklärt werden müsste, dann würde ich mich bei den beiden Oppositionsführern gerne für sehr differenzierte und tiefenscharfe Reden bedanken. Sie haben wirklich darauf verzichtet, Stehsätze zu benutzen - von der Kraftlosigkeit, von der Unfähigkeit in toto, von der Tatsache, dass wir in allen Fächern mangelhaft und für alles verantwortlich sind, vom Versagen auf ganzer Linie. Sie sind nicht zu den vordergründigen Schlussfolgerungen gekommen, dass Sie alles viel besser machen würden und natürlich so schnell wie möglich die Regierung stellen müssen. All dieses Grobschnitzige haben Sie nicht in Ihre Debattenbeiträge einfließen lassen. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken.

(Beifall bei der SPD - Edgar Moron [SPD]: Da haben wir aber eine andere Rede gehört!)

- Ja, tatsächlich ist natürlich durchgängig davon die Rede gewesen. Es tut mir Leid, Herr Wolf: Das, was Sie vorgetragen haben, habe ich zum dritten und teilweise zum vierten Male gehört.

Herr Kollege Rüttgers, auch Ihre Darstellung folgt einer sehr starken Ritualisierung, wobei ich manchmal den Eindruck habe, dass Sie dabei gelegentlich auch an den Rand der Selbstverleugnung geraten.

Herr Wolf, am meisten hat mich gestört, dass Sie hier von diesem Pult aus Behauptungen zur Steu-

erpolitik aufstellen, die mit den Fakten schlechterdings nichts zu tun haben. Trotzdem behaupten Sie das einfach.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So etwas ist eine ganze eigene Art der Debattenführung. Dass Sie damit auch noch ungestraft durchkommen, ist das Einzige, was mich dabei ärgert.

Sie nehmen überhaupt nicht zur Kenntnis, dass die volkswirtschaftliche Steuerquote in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten drei bis vier Jahren wahrscheinlich um ungefähr 2,6 bis 3,0 % gesunken ist.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Ich habe von Einkommensbelastung gesprochen!)

- Sie haben von den Steuern geredet. Die Steuerquote in Deutschland ist doch nicht das Problem.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

Sie reden von einer steuerlichen Belastung und werfen die Zahl von 54 % in die Welt. Um Himmels willen! Das waren die Zeiten von Kohl und Genscher, als wir einen Spitzensteuersatz von 53 % hatten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gehen Sie doch einmal die Steuersysteme in Deutschland durch. Das deutsche Erbschaftsteuersystem ist eines der günstigsten in ganz Europa. Wollen Sie gerne das englische oder amerikanische Erbschaftsteuersystem haben? Vermögensteuer haben wir gar nicht mehr. Der Mehrwertsteuersatz ist, glaube ich, der zweitgeringste. Bei der Einkommensteuer kommen wir langsam herunter auf 42 % Spitzensteuersatz, 15 % Eingangssteuersatz. Das würde bedeuten, dass ab 1. Januar nächsten Jahres - man höre und staune! - ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 37.650 €, verheiratet, zwei Kinder, unter Einrechnung des Kindergeldes keinen Cent Steuern mehr in Deutschland zu zahlen hat. Das spielt bei Ihnen alles keine Rolle. Sie reden gegen alle Fakten, die es gibt.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Die Einkommensteuerbelastung ist zu hoch!)

Sie bringen dann den bemerkenswerten Satz: Wir sehen die Bedeutung der Wahl. Da stimme ich Ihnen zu: Ich auch. Dann kam noch der berühmte Satz: "Alles hängt mit allem in Deutschland zusammen". Ja, der war richtig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der war unabweisbar richtig. Ich füge auch zur Belebung dieser Debatte hinzu: Eine gute Grundlage ist die beste Voraussetzung für eine solide Basis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist diese ewige Mischung von Verzeichnungen, von Schwarzmalerei, von Schuldzuweisungen, von Zeugniskonferenzen auch für mich, wobei ich ziemlich genau weiß, dass schon Ihre eigenen Wähler und Mitglieder mich sehr viel fairer benoten als Sie das von diesem Pult aus hier tun. Insofern beunruhigt mich das nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man da sitzt, fragt man sich nach einer gewissen Zeit: Wie antwortet man denn darauf? Wie geht man darauf ein? Soll man alles detailliert widerlegen, z. B. die Tatsache, dass Sie einfach 3.300 Ausbildungsplätze in den Raum stellen, die angeblich weggefallen sind - das kann keiner überprüfen -, die Tatsache, dass Sie die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen dramatisieren, aber verschweigen, dass unsere Großstädte zu den sichersten Großstädten der ganzen Bundesrepublik Deutschland gehören,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

die Tatsache, dass Sie zur Schuleingangsphase gezielt von einem falschen Artikel in der "Rheinischen Post" leben und diese reformierte Schuleingangsphase nie dieses Jahr eingeführt werden sollte. Eine Recherche würde Ihnen natürlich diese Argumentation kaputt machen. Man muss aufpassen, dass man gerade diesem Journalisten in der "Rheinischen Post" in der Beurteilung der Schulpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen möglichst nicht auf den Leim geht. Es wäre vielleicht des Schweißes der Edlen wert, sich zu erkundigen.

Man kann empört sein über die Austeilung von hinlänglich gedrehten Vorwürfen. Ich weiß: Umgekehrt wäre mein Part, das Gegenmuster mit einer heilen Welt zu spielen, auch das Falsche, weil uns das auch keiner abnehmen würde. Wahrscheinlich hätte ich nach einer Zeit auch Schaum im Mund.

Legen wir also die Drehbücher einmal weg! Die erste Bemerkung lautet dann: Ja, wir haben erhebliche Haushaltsprobleme. Die zweite Bemerkung ist: Wir brauchen mehr Wirtschaftswachstum. Beides gilt für Nordrhein-Westfalen, gilt allerdings erkennbar nicht nur für Nordrhein-Westfalen. Die Frage ist, ob unsere haushaltspolitische Grundlinie, das Prinzip, von dem wir ausgehen, wirklich so angreifbar ist, wie Sie es dar-

stellen. Auf Einzelheiten komme ich gerne zu sprechen.

Diese Grundlinien lauten:

Erstens. Keine Gefährdung eines Aufschwungs durch die Kompensation von unabweisbar bestehenden Einnahmeausfällen durch zusätzliches Sparen, weil das kontraproduktiv wäre. Ist das in dieser Lage ein falscher, oder ist es ein richtiger Ansatz?

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Ich behaupte: Es ist ein richtiger Ansatz, zumal weder Sie noch wir im Augenblick titelscharf überhaupt konkret werden wollen, wo wir denn zu lasten welcher Bevölkerungsgruppen einsparen würden. Das machen Sie nicht. Das machen wir auch nicht. Also können wir da nicht miteinander ehrlicher umgehen?

Zweitens. Keine neuen Schulden zur Finanzierung neuer Ausgaben. Richtig. Das heißt, selbst wenn diese neuen Ausgaben wie in diesem Nachtrag überwiegend gesetzlich begründet sind, wollen wir sie nicht durch neue Schulden gegenfinanzieren. Das heißt, wir praktizieren eine stabilitätsorientierte Ausgabenlinie.

Ist an diesen beiden Grundprinzipien so viel zu kritisieren, dass wir in einen Schlagabtausch geraten müssen, wie Sie das in Ihren Beiträgen gerade getan haben? Ich behaupte nein, zumal erkennbar ist, Herr Rüttgers, Herr Wolf, dass CDU/CSU-geführte Landesregierungen in der Bundesrepublik Deutschland exakt genauso vorgehen.

Das heißt, wir haben es offenbar mit Rahmenbedingungen zu tun, die darauf hinauslaufen, dass andere CDU/CSU-geführte Landesregierungen im Wesentlichen auch zu Kürzungen auf der Ausgabe-seite gezwungen werden, was Ihnen diverse Demonstrationen genauso an den Hals jagt wie uns auch, insbesondere auch in Niedersachsen, in Hessen und in Bayern. Sie nehmen zum Zweiten erhebliche Einsparungen im Personalbereich vor, weil sie auch Personalausgabenquoten von 40 % bis 42 % haben. Drittens tun sie das, was wir auch tun: Sie nehmen zusätzlich Kredite auf.

Das kann man bedauern. Ich sehe das so ähnlich wie Sie auch mit Blick auf die Entwicklung der Zinslastquote, mit Blick auf das Verschieben auf kommende Generationen. Ich habe nur im Augenblick, bezogen auf diese konkrete Konjunktursituation, in der wir sind, keine andere Antwort. Ich weiß von der Opposition auch keine bessere, keine wirksamere Antwort.

Wir gehen dabei sehr pfleglich mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen um, anders als CDU-geführte Regierungen. Der Hinweis von Herrn Moron ist richtig: Niedersachsen ist z. B. gezwungen, ab 2005 den Verbundsatz für die niedersächsischen Kommunen um mehr als ein Prozent zu senken. Das tun wir nicht. Wir setzen trotzdem, wie ich glaube, richtige Akzente mit dem Nachtragshaushalt wie insgesamt mit dem Doppelhaushalt 2004/2005.

Ihre Kritik ist auch immer eine Kritik exakt an einer ähnlichen, an einer verwandten Haushalts- und Fiskalpolitik, die in anderen CDU-Ländern betrieben wird. Mich wundert, warum dies im Rahmen Ihrer Debattenbeiträge grundsätzlich immer verschwiegen wird.

Sie haben noch einmal den Hinweis auf die Verfassungsgrenze gebracht. Darüber möchte ich jetzt gar nicht lamentieren. Sie haben hingewiesen auf die Ausrufung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Ja, um Himmels willen!, das machen die Kollegen Wulff und Koch auch. Der Kollege Koch macht in Hessen exakt dasselbe, und zwar mit einer Begründung, übrigens begründet auf höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, nach der schon die Verfehlung des Teilziels hoher Beschäftigungsstand zur Annahme einer Störung ausreicht.

Welchen Vorwurf machen Sie mir und Herrn Dieckmann also in diesem Zusammenhang? Wie glaubwürdig ist dieser Vorwurf vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir uns genauso aufstellen wie andere unter ähnlichen Zwängen auch? Diese Zwänge verlassen offenbar zunehmend auch ein parteipolitisches Raster, weshalb es auch ganz gut wäre, wenn wir uns in der Auseinandersetzung über die Therapie über bestimmte Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg unterhalten könnten.

Dasselbe kann man auf die immer wiederkehrende Behauptung beziehen, dass 2004 die Kreditierung der Steuereinnahmeausfälle der Kommunen eine versteckte Rücklagenbildung sei. Darauf könnte ich jetzt auch hinlänglich antworten. Es macht keinen Sinn, weil es im Ausschuss schon mehrere Male vom Kollegen Dieckmann Ihnen gegenüber argumentativ geltend gemacht worden ist.

Wie kommen wir aus dem Dilemma heraus? - Ja, wir haben dieses Dilemma, bundesweit, insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen. Auf den ständig wiederkehrenden Hinweis auf die bayerischen Verhältnisse - es tut mir Leid - kann ich

immer nur antworten: Der ganze Freistaat Bayern hat nicht annähernd eine solche industriepolitische Geschichte zu bewältigen wie das Land Nordrhein-Westfalen. Sie kennen die Hinweise. Sie sind nicht falsch. Wir sind auf sie jüngst in der Emscher-Lippe-Konferenz noch einmal gestoßen, die in Gelsenkirchen stattgefunden hat. Warum also immer wieder neu diese Litanei?

Wir werden aus diesem Dilemma nur herauskommen, wenn wir die Ursachen für eine unzureichende Wachstumsdynamik in der Tat beseitigen. Da sind wir uns, glaube ich, weitestgehend einig. Wir reden dann konkret über den Stellenwert von Bildung, von Hochschulen, von Wissenschaft, von Transferprozessen, von Infrastruktur.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

Wir kommen aus diesem Dilemma nur heraus, wenn die Sozialversicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland auf neue finanzielle Grundlagen mit dem Effekt einer Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit gestellt werden. Auch da sind wir uns im Prinzip einig, aber ringen darum, wie das konkret im Einzelnen aussehen soll.

Wir müssen die Bund-Länder-Verhältnisse im Zuge der bestehenden Föderalismusdebatte reformieren. Zu einer größeren Trennung von Verantwortlichkeiten zu kommen, wäre ein weiterer Punkt. Wir müssen das Steuersystem anreizorientierter und transparenter organisieren: Ja, Herr Wolf. Aber ich sage Ihnen und zu entsprechenden Vorschlägen aus den Reihen der CDU: Für weitere Steuersenkungen in der Bundesrepublik Deutschland sehe ich keinerlei Spielraum.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei der derzeitigen Lage der kommunalen Haushalte, der Länderhaushalte sowie des Bundeshaushaltes ist es geradezu waghalsig, der Bevölkerung eine weitere Absenkung von Steuersätzen zu versprechen. Mit Blick auf die Verschuldung, die wir gemeinsam abtragen wollen, ist es auch irrwitzig. Können wir uns insofern nicht endlich darauf einigen, dass wir vielleicht eine neue Steuerstruktur in Deutschland brauchen? Wir reden nicht über Steuersätze, sondern auch über die Frage, welche Steuerarten in welchem Ausmaß zur Finanzierung welcher öffentlichen Aufgaben beizutragen haben. Dann hätten wir schon einmal eine nicht so grobschlächtige Debatte und Auseinandersetzung, wie wir sie gemeinhin hier im Landtag führen.

Wir haben über die Rolle des Staates zu reden. Ich bin nach wie vor für einen handlungsfähigen Staat, der auch über die entsprechende Einnah-

mebasis verfügt, um die ihm zugeordneten Aufgaben wahrzunehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf einen solchen handlungsfähigen Staat mit einer entsprechenden Einnahmebasis können nur diejenigen verzichten, die ihn nicht brauchen. Viele Menschen brauchen ihn aber so.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Richtig!)

Dabei steige ich gerne mit Ihnen in eine ordnungspolitische Debatte ein, die sich bildlich zusammenfassen lässt, dass es nicht mehr ein Vater- oder ein Mutterstaat ist.

Ich füge hinzu, wir brauchen etwas, was sehr schwer zu vermitteln ist, womit aber alle hier versammelten Parteien oder Fraktionen gut beraten wären: den Zugang zu anderen Mentalitäten bzw. Einstellungen, mit denen wir in der Bundesrepublik Deutschland unsere Diskussionen führen oder unsere Probleme debattieren. Wir alle gemeinsam sind auch in den Debatten hier im Landtag sehr aufs Scheitern, auf Risiken und auf Bedenken konditioniert. Ich wäre dankbar, wenn wir uns sehr viel stärker aufs Gelingen, auf Chancen und Ermutigung konditionieren könnten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei manchen Vorhaben der Landesregierung, die auch Sie für wichtig erachten, schwingt in Ihren Beiträgen zu sehr die Hoffnung mit: Hoffentlich fliegen sie damit auf die Nase.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja, genau!)

Das spielt immer eine Rolle nach dem Motto: Hoffentlich scheitert er. Hoffentlich haut er sich dabei einen Zahn aus. Hoffentlich sieht er dabei alt aus.

Das merkt man auch an Ihren Einlassungen zum Rhein-Ruhr-Express. Statt einen darin zu unterstützen, ist es, ähnlich wie damals beim Metrora-pid, eine Haltung, eine Attitüde, von der man sehr genau weiß: Sie würden am liebsten jedes Gerücht aufgreifen, um es einem als Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Helmut Stahl [CDU]: Das war doch schon kaputt!)

- Der Rhein-Ruhr-Express ist nicht kaputt. Lassen Sie doch die Geschichten mit dem Bundesverkehrswegeplan und dem Schienenwegeausbau-gesetz. Wir bemühen uns längst aufzuzeigen, dass das eine unzureichende Darstellung vonseiten der Bundesregierung gewesen ist. Sie hinken hinterher. Im Zweifelsfall stünde es einer Opposi-

tion mit ihren Kontakten zu Ihrer Fraktion im Bundestag ganz gut an, eine Unterstützung für Nordrhein-Westfalen zu organisieren,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

statt die Annahme oder die Strategie zu verfolgen, Sie müssten es madig machen oder irgendwelche Schwierigkeiten bereiten nach dem Motto: Dem Steinbrück dürfen wir vor einer Kommunal- oder Landtagswahl nicht das Schwarze unter dem Fingernagel gönnen.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: So ist das!)

Aber genau das ist die Haltung. Damit Sie nicht den Eindruck haben, es ginge nicht auch um eine Portion Selbstkritik: Gestern habe ich in Gronau die genau gegenläufige Erfahrung gemacht. Dort war meine Partei der Bedenkenträger mit dem Prinzip Zweifel, während ich mir mit dem CDU-Bürgermeister völlig einig darin war, dass das nicht die richtige Haltung sein kann. Es ging um die Einweihung des Rock- und Pop-Museums mit Udo Lindenberg und die daraus zu ziehenden Folgerungen. Die örtliche SPD versucht nur, die Haare in der Suppe zu finden.

Das heißt, wahrscheinlich gibt es das aus meinen oder unseren Reihen in der konkreten Kommunalpolitik auch umgekehrt. Vielleicht könnten wir uns darauf einigen, dass wir hier in zentralen strategischen Fragen des Landes zu einem anderen Stil kommen. Sie können mich auf jedweden anderen Feld attackieren, aber doch nicht mit Blick auf solch wichtige Infrastrukturvorhaben.

Wir stehen in einem politischen Wettbewerb zu diesen entscheidenden Fragen. Natürlich ist eine Landesregierung oder eine Bundesregierung gut beraten, sich nicht mit Hymnen und Weihegesängen selber zu belügen. Aber umgekehrt: Wir sind nicht nur Adresse Ihrer Empörung und Ihrer Vorwürfe. Wir sind nicht nur Empfänger, sondern gelegentlich dürfen wir auch Sender zu dem sein, was Sie vorlegen. Dann sind Sie immer beleidigt und ziehen eine Flunsch nach dem Motto: Die Opposition fühlt sich angegriffen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gewöhnen Sie sich dieses Glaskinn ab. Das, was Sie vorlegen, ist weder inhaltlich noch personell überzeugend. Jemand, der in den 90er-Jahren an einer massiven Schuldenausweitung so aktiv beteiligt war wie Sie, Herr Rüttgers - Zinslastquote des Bundeshaushaltes 10 % -, ist nicht sehr glaubwürdig mit Plattitüden, hier befindet sich der größte Schuldenmacher der Republik oder der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Daran waren Sie einmal beteiligt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nehmen wir eine der letzten Aktuellen Stunden: Wer wie Sie dreimal an erheblichen Mineralölsteuernerhöhungen beteiligt gewesen ist, ist kein geeigneter Kronzeuge, um anschließend eine rot-grüne Koalition als Folterknecht der Autofahrer darzustellen, zumal Ihre Mineralölsteuernerhöhungen höher waren als unsere und wir diese vernünftig zur Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge verwandt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jemand, der als verantwortlicher Bundesminister aktiv daran beteiligt war, dass die öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen heruntergefahren worden sind, der mit verantwortlich dafür ist, dass der Forschungs- und Entwicklungsaufwand insgesamt in Deutschland - gemessen am Bruttosozialprodukt - Ende der 90er-Jahre auf das tiefste Niveau gesunken ist, ist nicht der geeignete Protagonist, um an dieser Stelle auf uns zu weisen, wir würden zu wenig für Wissenschaft und Hochschulen tun,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

zumal Sie genau wissen, dass wir unter der Überschrift des Qualitätspaktes und des Hochschulkonzeptes 2010 in die richtige Richtung laufen.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein! - Helmut Stahl [CDU]: Nein!)

- Ja, selbstverständlich. Eine politische Kraft, die sich im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss einem weitergehenden Subventionsabbau so weit entzogen hat wie Sie,

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

der vor allen Dingen für eine nicht rechtzeitige Inkraft-Setzung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständig ist, ist mitverantwortlich für die Kreditaufnahme in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

weil wir die entsprechenden Einnahmen nicht bekommen haben. Es gibt einige, die sagen, von den 950 Millionen €, die wir zusätzlich aufnehmen müssen, sind allein durch diese beiden Punkte ungefähr 400 bis 500 Millionen € betroffen. Das waren Sie im Bundesrat, das waren Sie im Vermittlungsausschuss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jemand, der die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert hat, ohne einen adäquaten und zeitgerechten Ersatz für die Kommunen anzubieten, dessen Klagelied ist nicht überzeugend.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Das haben Sie nicht, entschuldigen Sie!

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Unwahr!)

Allein das Thema der Gewerbesteuerumlage ist doch keineswegs eine adäquate Kompensation, Herr Rüttgers. Sie hätten prüfen müssen, ob Sie über Zuschläge zur Einkommensteuer oder zu anderen Steuerarten zeitgerecht - nicht erst in zwei oder drei Jahren - für eine Kompensation der Kommunen hätten Sorge tragen können und ob Sie dafür eine Änderung des Grundgesetzes hätten in Kauf nehmen müssen. Nach Art. 29 steht den Kommunen eine wirtschaftskraftbezogene eigene Einnahmequelle zu. Die Antworten darauf sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jemand, der die Haushaltspolitik der Landesregierung so kritisiert, wirkt selber umso substanzloser, je dünner und unrealistischer seine eigenen Vorschläge zur Konsolidierung sind. Ihre Vorschläge sind aber sehr dünn. Ich muss nicht noch einmal an die BLB-Veräußerungserlöse erinnern. Das ist eher eine Lachnummer. Ich muss nicht an den 1,5-%igen Stellenabbau erinnern, der überhaupt nicht das bringt, was Sie wollen, oder die Halbierung der Steinkohlebeihilfen, die Sie immer wieder neu bringen und über die wir uns hinlänglich auseinander gesetzt haben, oder die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, auf den Herr Moron schon eingegangen ist.

Umgekehrt frage ich mich, wenn ich Ihr Zukunftsprogramm lese: Wo spart denn die CDU im Nachtragshaushaltsetat 2004? Etwa bei Ihrem Versprechen eines flächendeckenden Angebots an Ganztagschulen, über das hinaus, was wir machen, nach dem Motto "Überbietungswettbewerb"? Wenn die Regierung zwei sagt, sagen Sie drei, wenn die Regierung drei sagt, sagen Sie vier, und wenn wir vier sagen, sagen Sie fünf. Dieses typische Ritual, "wenn die 1.000 einstellen, sagen wir, 2.000 sind erforderlich", haben die Leute doch satt.

Wo sparen Sie denn bei der Privatisierung von Sondervermögen und Institutionen ein? Wie sollten die auf die Schnelle billiger arbeiten. Was machen Sie mit dem Personal? Wo sparen Sie bei der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen ein? Sagen Sie, welche es sein sollen! Dabei fällt uns immer die WestLB ein. Aber ist der Markt, auf dem wir veräußern wollen, gerade attraktiv?

Wo sparen Sie bei der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, bei der finanziellen Ausstattung eines Pensionsfonds, den wir gegenfinanzieren

müssen und den wir konzeptionell für richtig halten, bei Ihrem Programm für Wachstum und Beschäftigung, bei Ihrem Sonderprogramm zur Verkehrsinfrastruktur, bei Ihrer Rücknahme aller Kürzungen im Bereich der sozialen Infrastruktur oder der Rücknahme des Wasserentnahmeentgelts, das Sie immer Wassersteuer nennen, weil das plastischer und effektvoller wirkt?

(Heinrich Kruse [CDU]: Das ist so!)

- Das ist doch Semantik, da hat Sie einer beraten, dass Sie das so nennen müssen. Das ist doch logisch. - Bei all diesen Maßnahmen haben wir es doch nicht mit Konsolidierung zu tun. Es läuft im Gegenteil darauf hinaus, dass das Volumen des Haushalts deutlich ausgeweitet werden muss.

Dann halten Sie bemerkenswerte Reden. In Kerkrade forderten Sie mehr Lehrer, kleinere Klassen und kleinere Schulen. Was heißt das konkret? Es müsste erst einmal die These bewiesen werden: Je kleiner, desto feiner. Aber lassen wir das einmal weg.

Nehmen wir einmal die Zahl fünf. Fünf Schülerinnen oder Schüler pro Klasse weniger heißt, über den Daumen gepeilt, 23.000 Lehrerstellen mehr; das bedeutet Kosten von 1,2 Milliarden €. Dann wird es konkret. Das sagen Sie aber nicht, weil Sie genau wissen, dass das gar nicht zu realisieren ist. Das ist doch aussichtslos. Was bedeutet also ein solcher Satz: "Mehr Lehrer, kleinere Klassen, kleinere Schulen" in einer CDU-Parteitage Rede in Kerkrade? Sagen Sie mir hier genau, wie das funktionieren und finanziert werden soll! Was heißt das für eine solche haushaltspolitische Debatte?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie kneifen. Sie bleiben sehr oberflächlich, Sie bleiben sehr unpräzise, weil Sie darüber nicht angegriffen werden wollen. Aber damit kommen Sie in Wahlen und als Politiker, der sich couragiert den Fragen in diesem Lande stellen muss, nicht durch.

Ebenso wenig Überzeugungskraft haben Ihre konzeptionellen Entwürfe. Ich stehe sehr unter dem Eindruck dessen, Herr Rüttgers, was Sie jüngst zur Kopfpauschale gesagt haben. Ich stelle überhaupt nicht in Abrede, dass man in meiner eigenen Partei und in Ihrer Partei bei so weit reichenden Fragestellungen auch einmal miteinander ringen muss.

Ich sage in aller Bescheidenheit: Ihr Erkenntnisgewinn zur Kopfpauschale, dass eine reine Finanzierung des Solidarausgleichs über das Steueraufkommen nicht möglich ist, habe ich bereits

am 16. Oktober 2003 und am 28. Januar 2004 von diesem Podium aus gesagt. Das war von vornherein klar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nehme Ihnen nicht übel, dass Sie nach sechs oder sieben Monaten zu dem Ergebnis gekommen sind, aber Ihre damaligen Einlassungen und Entgegnungen auf diese Hinweise von mir arbeite ich gerne auf.

Dasselbe stelle ich mit Blick auf Ihre Unterstützung des Merzschen Steuerkonzepts fest. Die CDU in Nordrhein-Westfalen unterstützt das Merz-Konzept. Sie wissen, dies ist verbunden mit einer nicht finanzierten Summe von ungefähr 20 bis 25 Milliarden €. Die Antwort sind Sie schuldig geblieben. Herr Rüttgers, Sie sagen laut WDR 5 vom 21. März 2004: CDU und CSU werden bis Anfang März dieses Jahres ein gemeinsames Konzept für eine große Steuerreform vorlegen und auch einen Gesetzentwurf in Bundestag und Bundesrat einbringen.

Nichts liegt vor, weil Sie wissen, dass dieses Steuerkonzept von Ihnen nie realisiert werden würde, wenn Sie je in die Verlegenheit kämen, dies tun zu müssen. Das würden Sie nicht tun, zumal es ein wahnsinniger Mischmasch zwischen Faltthäuser und Merz - erst ein bisschen Faltthäuser, dann ein bisschen Merz - mit einem deutlichen Systemwechsel ist.

Auch das jüngste CDU-Arbeitspapier zur Arbeitsmarktreform, das Herr Moron erwähnt hat, und dabei leider auch Sie, Herr Arentz, manchmal ansprechen musste, zeigt, welcher Spagat darin vollzogen wird: untertarifliche Bezahlung in der Probezeit, weitere Einschränkungen des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen älterer Arbeitnehmer, abgesenktes Arbeitslosengeld im ersten Monat der Arbeitslosigkeit. Dieses Papier ist kein Ausweis von Regierungsfähigkeit. Das ist, wie es Herr Arentz entwickelt, wohl eine Kampfansage. Erwinnere ich mich richtig, sind das nicht bereits Vorschläge gewesen, die im März auf Druck Ihrer eigenen Reihen von Ihnen wieder vom Tisch genommen worden sind? Ist das nicht ein Ablauf, der schon einmal stattgefunden hat?

Abschließend habe ich mich mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Bundesregierung in den letzten Wochen und Monaten an mehreren Punkten zu bedanken. Wir haben eine Reihe von Verabredungen treffen können, die uns sehr gut tun und die im Interesse des Landes und des Standorts Nordrhein-Westfalen sind. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es beim nationalen Allokationsplan zu einer Lö-

sung gekommen ist, die auch unsere industrie- und energiepolitischen Interessen wahrnimmt. Ich bin froh über die Einigung, die es bei der Steinkohlefinanzierung gegeben hat. Ich bin froh über das Ergebnis des Ausbildungspakts mit dem Effekt, dass wir keine Ausbildungsumlage erheben. Ich bin sehr froh und dankbar über das 4-Milliarden-€-Programm der Bundesregierung zur Förderung der Ganztagsbetreuung, aus dem Nordrhein-Westfalen 920 Millionen € bekommt. Ich bin dankbar für die revidierte Entscheidung zum BKA in Meckenheim. Ich bin dankbar für die Einigung zum Zuwanderungsgesetz unter maßgeblicher Mitwirkung auch des Innenministers unseres Landes. Ich freue mich, dass der Bundeskanzler und der Bundesverkehrsminister sich dezidiert zum Rhein-Ruhr-Express eingelassen haben. Ebenso erachte ich es als wichtig, dass der Löwenanteil eines "Stadtumbauprogramms West", wie von Herrn Stolpe vorgetragen, hier in Nordrhein-Westfalen, vor allem im nördlichen Ruhrgebiet, eingesetzt wird.

Dies alles sind Entwicklungen der letzten Wochen und Monate, die bei aller Kritik, bei allen Schwierigkeiten und allen Herausforderungen, die wir haben, auch aufgelistet werden dürfen.

Nachtragshaushalte, meine Damen und Herren, hat es in den letzten Jahren immer gegeben. Sie fallen definitiv nicht unter die Innovationsoffensive der Landesregierung. Neu an diesem Beratungsverfahren ist allerdings eine solche Sondersitzung. Ich hätte da gerne noch einmal eine Erklärung von Ihnen, warum wir diese Sondersitzung wirklich brauchen.

(Zuruf von Regina van Dinther [CDU])

- Nein. Ich würde ganz gerne wissen, ob bestimmte Unterlagen im Haushaltsausschuss, auch beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, gegebenenfalls so lange gelegen haben, dass wir bei einem anderen Verfahren durchaus die letzte Woche hätten erreichen können.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN - Helmut Stahl [CDU]: Das ist falsch! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Es lohnt keine Empörung. Es ist nur eine Frage. Ich würde gerne beantwortet wissen, ob mein Eindruck richtig ist. Wenn er nicht richtig ist, dann können Sie ihn ja widerlegen. Sonst hätten wir uns die heutige Sitzung ja spielend sparen können.

Herr Rüttgers, Sie haben in einer Passage gesagt, man solle sich selber nicht so wichtig neh-

men. Das sehe ich auch so. Ich glaube nicht, dass ich mich besonders wichtig nehme. Aber mit Blick auf die Frage, die ich zum Personenwettbewerb - den es geben wird - gestellt habe, bin ich mir ziemlich sicher, dass dieses Land schon wissen will, wer Kapitän an Deck des Regierungsschiffes sein soll. Und darum bewerben wir uns beide. Ich habe keine Mühe damit, mit Ihnen in diesen Wettbewerb hineinzugehen.

Ihr Generalsekretär Reck, der sich gelegentlich schon als designierter Superminister in diesem Lande aufspielt, hat an einer Stelle gesagt: Wo Steinbrück draufsteht, ist SPD drin. - Da habe ich gedacht: Donnerwetter! Der hilft mir aber in den eigenen Reihen, der Junge!

(Beifall bei der SPD)

Nur hat er damit gar nicht die richtige und wichtige Frage aufgelistet, Herr Rüttgers. Die richtige Frage lautet nämlich: Was ist denn da drin, wo Rüttgers draufsteht? - Das würde ich gern konkreter von diesem Tisch aus wissen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt noch einmal Herr Kollege Dr. Rüttgers das Wort.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wohl wahr, Herr Steinbrück, natürlich wollen die Leute im Mai bei der Landtagswahl wissen, wer Kapitän auf dem Schiff ist.

(Zuruf von der SPD: Sie nicht!)

Sie wollen allerdings auch wissen, ob das Schiff Fahrt aufnimmt oder ob es sinkt. Und Ihres sinkt im Moment. Das ist ganz klar.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Jetzt haben wir gerade wieder eine dieser typischen Steinbrück-Reden gehört. Ich weiß nicht, ob es zu weit geht, wenn ich sage: geprägt von einer Form der Wichtigtuerei.

(Widerspruch bei der SPD)

Wie immer dasselbe Ritual: Andere reden in Ritualen. Herr Wolf und ich, wir sagen immer dasselbe, was Sie bei Ihrer überragenden Intelligenz alles schon wissen, weil Sie es auch alles schon aufgeschrieben haben. Mit den Fakten hat das

überhaupt nichts zu tun, was andere sagen. Es ist immer eine Verzeichnung. Es sind immer Schuldzuweisungen. Es ist immer Schwarzmalerei. Wahr ist nur das, was Sie sagen. Wahr ist: Es geht alles aufwärts, es wird immer besser, alle machen das genauso wie Sie.

(Zurufe von der SPD: Genau das Gegenteil! - Haben Sie eigentlich zugehört? - Weitere Zurufe von der SPD)

Zum Schluss sagen Sie dann: Ich verspreche euch, Ihr Leute in Nordrhein-Westfalen, mit mir kriegt ihr Steine statt Brot. - Das ist genau das Problem! Sie sind die Verkörperung von Hoffnungslosigkeit in diesem Land! Das ist genau das, was das Land unten hält!

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP - Marc Jan Eumann [SPD]: Wer schreit, hat nicht Recht!)

Dass Sie meinen, Sie müssten die Glaubwürdigkeit politischer Gegner anzweifeln, das mag zum politischen Geschäft gehören. Schwamm drüber! Nur dann lassen Sie sich bitte von den Fakten überzeugen. Sie haben gesagt, ich hätte als Minister schlechte Arbeit geleistet.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Gisela Walsken [SPD]: Gutes Resümee!)

- Seid mal ein bisschen vorsichtig mit dem Klat-schen.

Ich lese Ihnen jetzt einmal etwas aus dem Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands aus dem Jahre 2002, herausgegeben von der jetzigen Bundesregierung, vor. Darin steht:

"Der Aufhol- und Expansionsprozess Deutschlands im Bereich der Spitzentechnologie gegen Mitte und Ende der 90er-Jahre ist in den vergangenen zwei Jahren erheblich ins Stocken geraten."

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Das ist die Wahrheit - regierungsamtlich, von Ihrer eigenen Regierung so dargestellt!

Und wo wir gerade dabei sind Folgendes zum großen Brimborium zur Gesundheitsreform - einmal unabhängig von der Frage, was das mit dem Nachtragshaushalt zu tun hat: Sie waren es doch, Herr Steinbrück, der gerade eine industriepolitische Initiative gestartet hat. Da steht in Punkt 5 zur Sicherung des Industriestandortes NRW - Zitat -:

"Arbeitseinkommen sind von der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben schrittweise zu entlasten. Zu prüfen ist beispielsweise, unter welchen Voraussetzungen die sozialen Sicherungssysteme zu einem stärkeren Anteil auf eine Steuerfinanzierung umgestellt werden können."

So steht das in Ihrem Papier. Und dann kommen Sie hierhin und werfen uns irgendetwas vor. Bleiben Sie bei der Wahrheit und verdrehen Sie sie nicht! Das ist notwendig.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Sie sagen: Lassen Sie uns doch einmal über Fakten reden. - Die Fakten sind klar. Im Juni 2004 gab es in Nordrhein-Westfalen 880.000 Arbeitslose, der höchste Junistand seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen. Im letzten Jahr sind 147.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Jetzt kommen Sie hierhin und beschäftigen sich anlässlich einer Haushaltsdebatte die ganze Zeit mit der Opposition. Ihre Pflicht wäre es gewesen, einmal einen konkreten Vorschlag zu machen, wie die Arbeitslosen in diesem Land wieder in Brot und Arbeit kommen. Versagt haben Sie, nicht nur in dieser Rede, sondern auch in Ihrer gesamten Politik!

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Das ist ja ganz furchtbar, was der Rüttgers da sagt. 3.300 Ausbildungsplätze - so hat er behauptet - hätten Sie beseitigt. Wie kommt er denn zu solchen Zahlen? Soll ich es Ihnen sagen? DGB, Bezirk NRW, schriftliche Stellungnahme für eine Anhörung. Darin steht:

"Die Einrichtung von 250 zusätzlichen Ausbildungsstellen wird vom DGB angesichts der zugespitzten Situation auf dem Ausbildungsmarkt in NRW im Grundsatz begrüßt. Vergessen werden darf aber nicht, dass in der Vergangenheit 3.300 Ausbildungsplätze beim Land weggefallen sind. Diese Zahl lässt die 250 neuen Ausbildungsplätze in einem anderen Licht erscheinen."

Genau das habe ich gesagt, das, was der DGB Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat!

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Wir sind dafür, dass Bildung nach vorne kommt, haben Sie verkündet; das sei ein Schwerpunkt. - Sie haben sich aber immer noch nicht - das habe ich Ihnen schon einmal vorgehalten - zu der Erklärung

zung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik geäußert. Danach ist die Zahl der Lehrer von 2003 auf 2004 um 1,6 % oder 2.500 Personen gesunken. Das bescheinigt Ihnen Ihre eigene Behörde.

(Beifall bei der CDU)

Dann behaupten Sie hier doch nicht, Sie täten mehr! Greifen Sie nicht andere an, sondern machen Sie Ihren Job, damit das Land endlich wieder auf die Beine kommt!

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann kommen Sie mit diesem typischen Ritual à la Steinbrück und stellen in den Raum: Das, was wir, SPD und Grüne, machen, machen auch CDU-geführte Landesregierungen. - Einmal ganz unabhängig von der generellen Frage, ob es Sie an irgendeiner Stelle entlasten würde, wenn irgendein anderer in einem anderen Land dasselbe tut: Die Frage, ob das, was Sie tun, richtig oder falsch ist, verehrter Herr Steinbrück, hat etwas mit Ihrer Verantwortung zu tun. Diese Frage können Sie nicht mit dem Hinweis abtun, dass irgendein anderer vielleicht etwas Ähnliches tut.

(Beifall bei der CDU)

Die Fakten aufgrund dieser Haushaltszahlen sind relativ einfach. Sie sind und bleiben der größte Schuldenmacher in der Landesgeschichte. 3,53 Milliarden € neue Schulden im Jahr 2000, 5,41 Milliarden € neue Schulden im Jahr 2001, 4,19 Milliarden € neue Schulden im Jahr 2002, 6,6 Milliarden € neue Schulden im Jahr 2003, 6,1 Milliarden € neue Schulden im Jahr 2004 - das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die Pakete, die Sie den Kindern und Jugendlichen für die Zukunft auf die Schultern legen. Dann erklären Sie hier doch bitte nicht, Sie machten eine solide Finanzpolitik!

Vor allen Dingen, Herr Steinbrück, ist es ja nicht wahr, dass Sie irgendwo etwas gekürzt hätten. Die Wahrheit ist, dass Sie die Ausgaben seit 1995 um 10 % erhöht haben. Sie haben sie eben nicht zurückgeführt.

Sagen Sie hier also nicht immer: Schuld sind die Weltmärkte, die Bundesregierung und - noch schlimmer - die Opposition im Bundesrat. Alle sollen schuld sein. Nur Sie selber haben nie irgendwas damit zu tun. Wenn Sie mit nichts etwas zu tun haben, dann stehen Sie auf und verlassen Sie diesen Stuhl. Dann sind Sie nämlich überflüssig!

(Beifall bei CDU und FDP)

Zum Vergleich: Wenn ich selber für eine Haushaltssituation mit einem Haushalt von 48 Milliarden € und einem Schuldenberg von 110 Milliarden € stehe, dann wäre ich vorsichtig, zu sagen, andere machten dasselbe. - Da mag vielleicht in der Technik oder in der Idee bei gleichen Strukturen auch Ähnliches gedacht und gemacht werden. Das will ich gar nicht bestreiten. Nur bleibt es ein Unterschied, ob ich doppelt so viel Schulden habe wie das Haushaltsvolumen beträgt oder wie etwa in Bayern bei 33 Milliarden € Haushaltsvolumen 22 Milliarden € Schulden. Das ist schon ein Unterschied. Da lobe ich mir dann den Edmund Stoiber, der, obwohl er ungleich viel bessere Zahlen hat, jetzt auf die Bremse tritt, während Sie dazu völlig unfähig sind, überhaupt einen Konsolidierungskurs zu fahren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie mich fragen, ob es nicht eine einvernehmliche Sicht der Dinge gibt, dass man durch falsches Sparen den Aufschwung gefährden kann, dann wiederhole ich noch einmal, was ich eben gesagt habe: Nein, es gibt keine einheitliche Sicht der Dinge, weil das, was Sie machen, falsch ist.

Erstens: Wo ist der Aufschwung? Zweitens: Spätestens seit Bertelsmann den Benchmarking-Bericht vorgelegt hat, müssten Sie wissen: Sie kriegen einen Aufschwung nur hin, wenn Sie gleichzeitig im öffentlichen Sektor konsolidieren. Es ist falsch, zu meinen, der alte Keynes habe immer noch irgendwo Geltung. Der war falsch, der ist falsch, und der bleibt falsch - egal, wie oft Sie das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht hat das Ganze einfach damit zu tun, was ja inzwischen auch die Grünen feststellen, wenn sie auf ihrem Parteitag erklären: "Der SPD fehlt der Mut und die Kraft", oder sagen, es sei völlig klar, die NRW-SPD sei personell objektiv schwächer geworden. Wahrscheinlich haben die Grünen auf ihrem Parteitag Recht.

Herr Moron, in der "taz" ist zu lesen: "Traditionssozis verjagen Moron mit Schimpf und Schande von ihrer Tagung." Wenn es schon so weit ist, dann versuchen Sie nicht, hier die Wahrheit zu verfälschen und irgendetwas zu behaupten, sondern bleiben Sie bei der Wahrheit. Die Wahrheit ist relativ einfach und relativ klar. Kapitän hin und Kapitän her - dieses Land braucht einen Neuanfang. Und der ist mit Ihnen und Ihrer Regierung ausgeschlossen!

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Zur direkten Erwiderung hat jetzt Herr Ministerpräsident Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Rüttgers, bauen Sie sich keinen Popanz mit mir auf. Wenn ich etwas nicht tue, dann ist es, in diesem Land zu behaupten, dass alles aufwärts geht. Ich behaupte, dass ich mit einem ziemlichen Freimut und einer ziemlichen Ehrlichkeit versuche, zu beschreiben, was in diesem Land an Problemen und Herausforderungen da ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das mit dem Wichtigtuert und diese wechselseitigen Charakterisierungen lassen wir einmal weg. Sonst werden die nächsten zehn Monate eher anstrengend.

Ich will in der gebotenen Kürze sagen: Ich wäre dankbar, wenn Sie mit Blick auf die Schulproblematik endlich zwischen Stellen und Köpfen unterscheiden könnten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das wäre wichtig. Dieser Hinweis von mir ist nicht arrogant gemeint, sondern er ist für die weitere Diskussion von einer erheblichen Bedeutung.

Bei der Kopfpauschale habe ich Sie nicht dafür kritisiert, dass Sie inhaltlich einen solchen Vorstoß gemacht haben und dass wir uns wahrscheinlich darin annähern, den Produktionsfaktor Arbeit von der Sozialversicherungsabgabenbelastung entlasten zu müssen. Ich habe vielmehr die Art und Weise Ihres Kurses dahin und der Ablehnung unserer Argumente und Hinweise zum Gegenstand meiner Kritik gemacht. Wenn Sie früher zugehört hätten, hätten Sie diese Lernkurve bereits vor acht oder neun Monaten machen können.

Wer unfähig ist, auf die Bremse zu treten, daran habe ich so meine lieben Zweifel. Wer so wie Sie im letzten Jahr versucht hat, auf das Foto jeder Demonstration vor dem Landtag zu kommen, der soll mir nicht erzählen, wo die Bremse ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da sind Sie der Allerletzte, der mir das sagt und dann die Landesregierung für jeden konkreten Einsparvorschlag kritisiert. Damit kommen Sie bei mir nicht durch.

Natürlich kommt es auf das Schiff an. Sie haben schon vor fünf Jahren einmal geglaubt, das Schiff sinkt. Das war nicht der Fall. Ich glaube, dass das Land einen kräftigen Kapitän an Deck braucht, aber ich sage Ihnen ganz freimütig: Kein Relikt aus der Kohl-Ära wie Sie.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Zurufe - Glocke - Lothar Hegemann [CDU]: Da sind Sie wohl in Gelsenkirchen drauf gekommen!)

- Herr Hegemann! - Wir können jetzt in der Rednerliste fortfahren. Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Moron das Wort.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der zweite Redebeitrag von Herrn Rüttgers hat gezeigt, dass wir uns doch jetzt wohl dem Wahlkampf nähern.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Jetzt ist es in diesem hohen Haus mit den sachlichen Auseinandersetzungen langsam vorbei. Eine weinerliche larmoyante Opposition holt gegenüber der Mehrheit und dem Ministerpräsidenten gerne die Keule heraus. Hält man ihr aber den Spiegel vors eigene Gesicht, ist sie erschrocken, bekommt Angst und jammert. Da kann ich nur ankündigen: Gerade das werden wir tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie dann, Herr Rüttgers, auf einen Artikel in der "taz" hinweisen - ich wusste gar nicht, dass Sie die Zeitung lesen; interessant! -, in dem in der Tat über eine Veranstaltung innerhalb der SPD mit unserer Landesorganisation für Arbeitnehmerfragen berichtet wurde, auf der ich eine sehr schwierige Diskussion hatte - zugegebenermaßen -, dann ist das völlig in Ordnung. Ich habe dort das getan, was ich hier auch tue: Ich habe die Politik in Berlin und die Politik in Düsseldorf gegen viele kritische Anmerkungen, die auch aus den eigenen Reihen kommen, verteidigt. Dabei gibt es dann auch manchmal streitige Aussprachen. Dass das anderen ähnlich geht, Herr Rüttgers, können Sie doch selber tagtäglich erleben.

Da lese ich im "Westfälischen Anzeiger": "Rüttgers verärgert Mitstreiter - Als Friedensengel blaue Flecken geholt." Da ging es um Ihre Einlassungen vor kurzem in Sachen - was war das eigentlich noch? - Krankenversicherung auf dem

von Ihnen veranstalteten Landesfest, auf dem Sie sich plötzlich massiver Kritik ausgesetzt sahen.

Also, lieber Freund, das sind keine Dinge, über die wir hier miteinander zu streiten haben. Das passiert in der Politik. Dem muss man sich stellen. Das ist auch völlig in Ordnung so. Wer in der Küche arbeitet, muss Hitze aushalten können - das ist auch in der Politik so.

(Beifall bei der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, das Schiff Nordrhein-Westfalen sinkt nicht, auch nicht das Schiff der Landesregierung sowie das der sie tragenden Mehrheit. Das sind Wunschvorstellungen und Träumereien von Herrn Rüttgers. Das mag er tun, aber das hat nichts mit der politischen Realität zu tun. Im Übrigen hat das auch nichts mit Hoffnungslosigkeit zu tun. In diesem Land gibt es keine Hoffnungslosigkeit. Dies ist ein starkes Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

In diesem Land gibt es Menschen, die arbeiten, die eine Zukunft haben. Dieses Land wird sich bewähren - sowohl im Rahmen der Europäischen Union als auch international. Wir haben uns vor niemandem zu verstecken und schon gar nicht vor den Bayern.

Aber da Sie gefragt haben, was diese Landesregierung eigentlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tue, antworte ich Ihnen: Sie haben gerade in dem Papier, welches Sie uns hier erläutert haben und das Sie in Form eines Entschließungsantrages zur Abstimmung stellen wollen, wiederum vorgeschlagen, wir sollten die Subventionen, d. h. letztlich auch die Stilllegungssubventionen, um die Hälfte kürzen.

Sie wissen ganz genau, Herr Rüttgers, dass, wenn wir das tun, sofort Zehntausende von Mitarbeitern der Ruhrkohle AG, der Deutschen Steinkohle, aus ihrem Job rausgeschmissen werden. Es würde betriebsbedingte Kündigungen geben - Zehntausende! Die Zahl der Mitarbeiter würde auf vielleicht 6.000 bis 7.000 von jetzt über 35.000 sinken. Ihr Vorschlag zu den Subventionen für Steinkohle vernichtet Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Steinkohle und in der Zuliefererindustrie. Das ist Ihr Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das vertreten Sie! Und dann fragen Sie die Landesregierung, was sie denn tue. Das ist schon ein starkes Stück!

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Dass Sie nicht zählen können, haben wir Ihnen mittlerweile schon ein paarmal nachgewiesen. Sie verwechseln nun eben einmal Planstellen mit Personen. Die Tatsache, dass bei den Lehrerinnen und Lehrern die Zahl der Teilzeitkräfte zurückgegangen ist, dafür die Zahl der Vollzeitkräfte zugenommen hat, führt dazu, dass es natürlich in der Gesamtzahl weniger Lehrer sind, sich aber die Zahl der Planstellen erhöht hat. Ihnen haben wir das sechsmal erklärt, aber Sie halten dieses Haus offenbar für so debil, dass Sie glauben, ihm wieder den gleichen Quatsch erzählen zu können. Das muss doch selbst ein Oppositionsführer begreifen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann sage ich Ihnen noch einmal etwas zur Sache Haushalt. Wenn Sie kritisieren, dieses Land spare nicht genug, verweise ich darauf: Alle Sparvorschläge, die wir bei der Beratung des Doppelhaushaltes unterbreitet haben, haben Sie abgelehnt! Sie haben nicht einem einzigen zugestimmt. Dagegen gestellt haben Sie zum Schluss ein kleines Konzept von alternativen Vorschlägen, von denen die meisten gar nicht realisierbar gewesen sind. Das haben wir Ihnen in der Debatte vorgehalten. Sie haben zur Sparsamkeit im Rahmen der Haushalte des Landes Nordrhein-Westfalen 2004/2005 nichts, ja, gar nichts beitragen, sondern Sie waren ein purer Populist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist letztlich auch der Weg, den Sie beschreiten wollen: nicht anecken, keine Fehler machen, nicht mehr "Kinder statt Inder". So ein Blödsinn darf Ihnen nicht mehr passieren. "Bitte der Regierung und den sie tragenden Koalitionsfraktionen", so sagt Herr Arentz, "keine Blöße bieten und bloß keinen Fehler machen! Wir hoffen doch so inständig, dass wir mit dieser Politik des toten Mannes in den Hafen der Regierungsfähigkeit hineingetrieben werden." Sie lassen sich von einem warmen Passat aus Berlin über den Teich treiben.

Aber ich sage Ihnen: Mit der Politik der Konturlosigkeit, mit der Politik, keine Position zu beziehen und nur die Landesregierung anzugreifen, werden Sie in diesem Land keine Mehrheiten erringen. Wir werden Ihnen die Suppe versalzen!

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN - Bravo-Rufe von der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Moron. - Das Wort hat Dr. Wolf, FDP-Fraktion.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat Wahlkampf, Herr Moron. Schön, dass Sie das schon gemerkt haben. Die meisten vor Ihnen haben das auch schon gemerkt, und deswegen reagieren die Menschen auch sensibel auf das, was Sie mit ihnen tun, und registrieren auch den Vertrauensverlust, der diese Regierung begleitet.

Herr Steinbrück hat hier wieder die Erblasttheorie vertreten. Es sind wieder einmal die Vorgängerregierungen im Bund schuld gewesen.

(Edith Müller [GRÜNE]: Auch!)

Es ist nicht so, Herr Steinbrück, dass Sie sich noch jahrelang darauf hinausreden können, es seien die anderen gewesen. Ihre Zeit läuft in der Tat ab.

Ich erlaube mir an dieser Stelle, Ihnen ohne Arroganz zu sagen, dass Sie mich völlig falsch zitiert haben. Ich habe von der Einkommensbelastungsquote gesprochen, was in der Tat Steuern und Abgaben zusammen bedeutet. Sie weichen jedes Mal aus und erklären uns, wie niedrig die Steuern bei uns sind. Der Bürger spürt aber auch die Belastung durch Abgaben. Der Bürger sieht, was netto herauskommt. Das wird immer weniger, das wird nicht mehr. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das Gleiche gilt für den ständigen Vergleich mit anderen Bundesländern. Immer dann, wenn es Ernst wird, wenn es um Belastungen geht, dann werden die anderen Bundesländer zitiert. Wir sagen dazu: Schauen Sie doch einmal auf das, was in anderen Ländern Positives getan wird. Darauf reagieren Sie nicht.

Da ist von Ihnen lange die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren versäumt worden. Eine Fremdsprache ab erster Klasse zu unterrichten, was in anderen Ländern geschieht, haben Sie nicht beschlossen. Privatbeteiligungen im Sparkassenwesen sehen Sie auch nicht vor. Auf einmal ist das, was andere machen, völlig irrelevant.

Außerdem verweigern Sie den Menschen Steuer-senkungen, obwohl Sie wissen, dass es nur über diesen Weg zu Wachstum in diesem Land kommen wird. Bekennen Sie sich dazu.

Sie haben wieder den Weg gewählt, nicht zu sagen, dass Sie für die Vermögensteuer eintreten. Sie haben sich von diesem Podium aus dafür ausgesprochen. Sie haben sich für Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer, die erhöht werden soll, ausgesprochen. So sieht Ihr Finanzierungskon-

zept aus. Wir sagen, dass das Konzept in einer Senkung der Steuern besteht.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Was Ihre larmoyante Darstellung zum Gelingen und Scheitern angeht: Es muss der Opposition erlaubt sein, die Mängel aufzuzeigen. Wenn Sie nicht in der Lage sind, angesprochene Projekte zu Ende zu bringen, dann ist das Ihr Versagen und nicht das der Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Wer hat denn nicht die Finanzierung für den Rhein-Ruhr-Express sichern können? Das ist Ihr Problem. Die Ausrede lautet: unzureichende Haushaltsdarstellung. Das Problem ist aber, dass Sie dafür kein Geld bekommen. Das ist die nackte Wahrheit.

Wir haben beim Metrorapid hinter Ihnen gestanden. Wir haben Ihnen die Stange gehalten. Sie haben aber auf dieses Projekt wegen der Grünen und des Machterhalts willen mit dieser Partei, die sich natürlich auf einem absteigenden Ast befindet, verzichtet.

(Beifall bei der FDP)

Zum Schluss will ich noch das Thema Schuldenpolitik ansprechen. Darum geht es hier in Wahrheit. Sie haben in zehn Jahren die Schulden nahezu verdoppelt. Bis 1995 betrug die Verschuldung 60 Milliarden €. Bis zum Jahr 2005 kommen 50 Milliarden € hinzu. Wer ist daran schuld? Ist daran die Bundesregierung schuld? Ist das die Schuld der anderen Bundesländer? Ist die Vergangenheit daran schuld? Nein, das ist Ihre aktive Fehlleistung. Diese Fehlleistung müssen Sie sich letztendlich genauso zuschreiben lassen wie den Vorwurf, dass Sie hier mit falschen Zahlen operieren.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Ich habe noch eine Minute. - Sie sagen, dass Lehrkräfte bezahlt werden müssen. Das sagen wir auch. Aber rechnen Sie bitte einmal aus, wie viele Lehrerstellen Sie mit den jährlich zu zahlenden 5 Milliarden € Zinsen finanzieren könnten. Ihr Versagen besteht darin, dass Sie die Schulden aufgehäuft haben, dass Sie die Nettokreditaufnahme erhöht und damit Investitionen in die Zukunft unmöglich gemacht haben. Dafür werden Sie abgestraft werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Dr. Wolf. - Das Wort hat Frau Müller von Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Oh-Rufe von der CDU)

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Dr. Rüttgers, wir stimmen wahrscheinlich darin überein, dass man im Rahmen eines Nachtragshaushaltes nicht die grundsätzlichen Probleme der Haushalts- und Finanzpolitik des Landes abklären kann. Aber nicht übereinstimmen werden wir bei der Frage, wie weit Ihre Liebe zu NRW geht.

Aus Liebe zu NRW, die Sie am Schluss Ihrer Rede so betont haben, hätte die Beratung dieses Nachtragshaushaltes anders aussehen können. Sie wissen das auch ganz genau. Aus Liebe zu NRW, Herr Dr. Rüttgers, hätten Sie im Bundesrat im letzten Jahr bei der Eigenheimzulage und bei der Pendlerpauschale, als es um die Frage ging, wie sich ein Subventionsabbau konkret auf die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen auswirkt, zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Was war mit Ihrer Liebe? - Es war keine Liebe zu NRW vorhanden, sondern damals war der Kampf gegen die Bundesregierung angesagt. Da passte Ihnen alles das nicht, was wir im Steuervergünstigungsabbaugesetz niedergeschrieben hatten. So weit reicht Ihre Liebe zu NRW, dass Sie diese auf dem Altar des Kampfes Bundesrat gegen Bundesregierung geopfert haben. Das ist die Wahrheit, Herr Dr. Rüttgers.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aus Liebe zu NRW hätten Sie, was den Nachtragshaushalt anbelangt, beim Wohngeld zustimmen müssen. Wen trifft das Wohngeld? Warum steigt es? Warum sind wir gezwungen, im Nachtragshaushalt beim Wohngeld 100 Millionen € zuzulegen?

Aus Liebe zu NRW lehnen Sie das ab. Bravo, kann ich da nur sagen. Alle Wohngeldempfänger hergehört: Aus Liebe zu NRW wird das abgelehnt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von GRÜNEN und SPD)

In Sachen Wfa-Vermögen haben wir immer gesagt, wir wollten in diesem Zusammenhang eine EU-konforme Lösung. Wir bringen gemeinsam einen Antrag ein. Aus Liebe zu NRW wird abgelehnt, die WestLB AG auf Dauer auf gute Grund-

lagen zu stellen, wenn es um den Ausgang des Verfahrens in Brüssel geht.

Herr Dr. Rüttgers, aus Liebe zu NRW geben wir Ihnen weitere Chancen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Die Bundesregierung hat einen neuen Gesetzesentwurf beschlossen. Es geht erneut um das Thema "Abbau der Eigenheimzulage" und "Auflage eines Innovationsprogramms". Wir werden genau schauen, was Sie im Bundesrat machen, ob Ihre Liebe zu NRW so weit geht, dass Sie dem zustimmen.

Wir haben genau registriert, dass Sie es abgelehnt haben, die Mindestbesteuerung für Unternehmen neu zu gestalten, damit wir in unseren Haushalten einen höheren Liquiditätsvorteil haben. Aus Liebe zu NRW haben Sie das in der letzten Plenarsitzung dieses Landtages auch abgelehnt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

So weit geht Ihre Liebe zu NRW. Das sollten die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl zur Kenntnis nehmen.

Herr Dr. Rüttgers, ich glaube, Sie sehen nicht den Unterschied zwischen sozialer Gerechtigkeit und sozialer Kälte. Ich möchte Ihren Kollegen Hermann-Josef Arentz zu den neuen Vorschlägen zum Arbeitsmarkt zitieren.

Das ist mir deswegen so wichtig, weil just in dieser Zeit bei Daimler-Benz genau diese Frage Gegenstand der großen gesellschaftlichen Debatte ist und sich eine große gesellschaftliche politische Kraft wie die CDU auf die soziale Kälte statt auf soziale Gerechtigkeit kapriziert.

An einem Tag, an dem Edzard Reuter morgens im Deutschlandfunk sagt, es ist völlig klar, dass die kurzfristige Orientierung auf shareholder-value dem Wirtschaftsstandort und der Unternehmenskultur Deutschlands geschadet hat, an einem Morgen, an dem Edzard Reuter sagt, es ist völlig klar, dass Managergehälter, wie sie in der Bundesrepublik gang und gäbe geworden sind, dem sozialen Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen widersprechen - und nicht nur der Deutschen, sondern auch der Polen und vieler anderer, die in unserem Lande arbeiten -,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

an einem solchen Tag, an dem der VW-Vorstand erklärt, dass er bereit sei, die Managergehälter des Vorstandes und von 2.700 Führungskräften in eigenen Betrieb zu überprüfen und abzusen-

ken, an diesem Tag sagt Ihnen Ihr Kollege Hermann-Josef Arentz - ich zitiere aus der "FAZ" -:

"Dieses Papier" - welches von der CDU-Spitze vorgelegt wurde - "ist durchgängig geprägt von zwei falschen Leitgedanken, dass erstens durch die konsequente Abschaffung der Arbeitnehmerrechte die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert wird" - da kann ich Ihnen nur zustimmen, Herr Kollege - "und dass zweitens die Löhne generell nach unten gedrückt werden müssen."

Ich kann Ihnen sagen, Herr Dr. Rüttgers: Aus Liebe zu NRW und wenn Sie den Begriff "soziale Gerechtigkeit" ernst nehmen, dann sind Sie hier in Nordrhein-Westfalen ganz, ganz anders gefordert, als Sie uns das heute Morgen haben demonstrieren wollen. Ich werde Sie, wenn es darum geht, hier konkrete Beschlüsse zu fassen, danach fragen - das habe ich schon mehrfach versprochen -, wie weit es dann mit Ihrer Liebe zu NRW ist!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung.

Wir stimmen ab, und zwar in **zweiter Lesung** über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 13/5490 und 13/5660. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/5700**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlüsse zur zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? Wer ist dagegen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, gemäß § 77 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dritte Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes unmittelbar anzuschließen. Ich gehe davon aus, dass darüber nach wie vor Einvernehmen besteht. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir entsprechend.

Beratungsgrundlage für die **dritte Lesung** sind die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 13/5700. Eine Beratung ist deshalb in der dritten Lesung nicht mehr vorgesehen.

Wir kommen also gleich zur Abstimmung, und zwar erstens über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 13/5490 und 13/5660 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/5700**. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** und der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Wir stimmen jetzt noch über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/5747** ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 22. September 2004, 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerpause.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:28 Uhr

23. Juli 2004/Ausgegeben: 29. Juli 2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.